



72

STATISTISCHE MONATSHEFTE

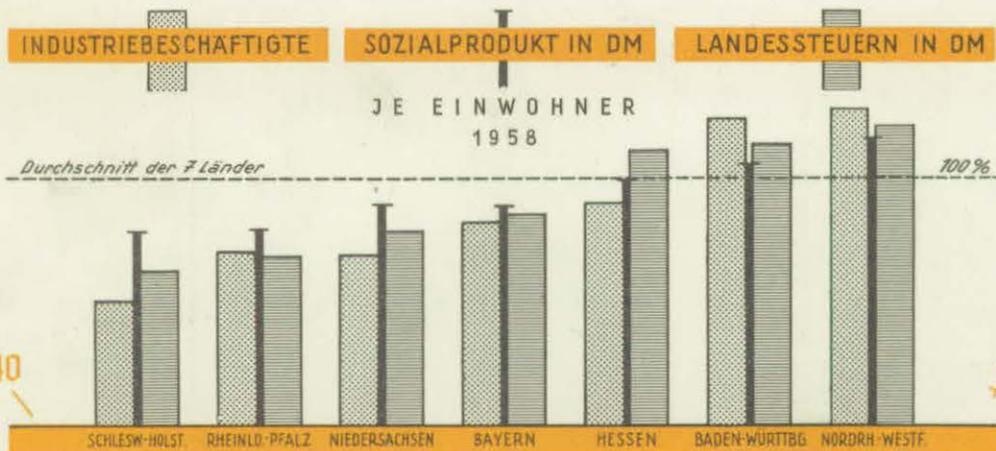
SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 9

September 1960

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

- Aufsätze:
- Wohnungsmarkt 1960
 - Vermögen 1957
 - Wieviel Straßenverkehrsunfälle künftig? **1970**
 - Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft **1965**
- Kurzberichte: **1960**
- Feuerwehr und Brandschäden 1959



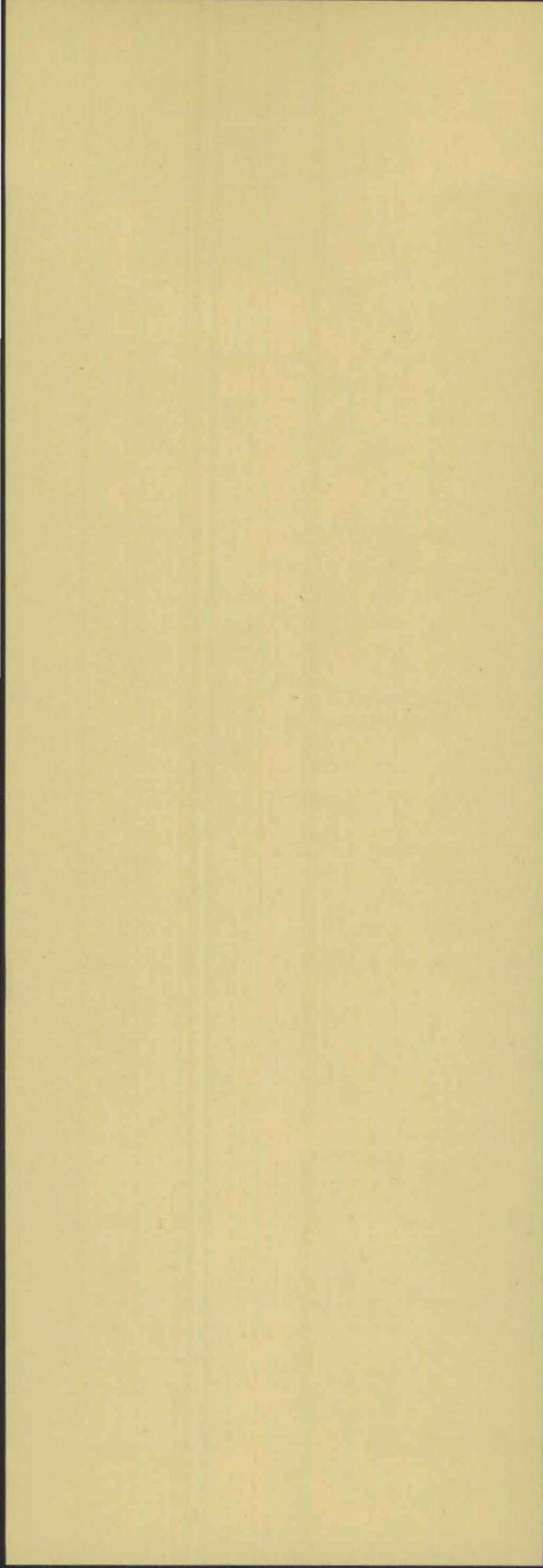
Herausgegeben vom
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

I N H A L T

9/60

Industrialisierungsgrad der kreisfreien Städte und der Landkreise	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	193
Aus dem Inhalt	194-195
Aufsätze	
Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein	196
Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein 1957	200
Vorausberechnung 14: Wie wird sich die Zahl der Straßenverkehrsunfälle entwickeln?	208
Die Wirtschaftsergebnisse landwirtschaftlicher Betriebe im Wj. 1958/59	210
Kurzberichte	
Feuerwehr und Brandschäden 1959	215
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	65*-70*
Kreiszahlen	71*
Schleswig-Holstein im Bund	72*
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 9

September 1960

Aktuelle Auslese



STÄRKSTER LOHNaNSTIEG SEIT 1957

In der Zeit von Februar 1960 bis Mai 1960 erhöhte sich der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn aller Arbeiter in Industrie und Baugewerbe um 5%. So stark sind die Industriearbeiterlöhne in keinem Vierteljahr seit 1957 angestiegen. Die Männer verdienten im Mai 1960 im Mittel 2,83 DM je Stunde, das sind 21 Dpf oder 8% mehr als im Februar. Der Stundenlohn der Facharbeiter kletterte auf 3,01 DM, der der angelernten auf 2,66 DM und der der ungelernten Arbeiter auf 2,45 DM. Die höchsten Facharbeiterlöhne wurden im Druckereigewerbe (3,33 DM) und in der Eisen- und Stahlindustrie (3,24 DM) gezahlt. - Die weiblichen Industriearbeiter steigerten ihren Brutto-Stundenverdienst um 7 Dpf oder 4% auf 1,79 DM.

15 EINKOMMENS MILLIONÄRE

Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer 1957 hatten in Schleswig-Holstein 15 Steuerpflichtige zusammen 33 Mill. DM Einkommen. Ihr durchschnittliches Jahreseinkommen belief sich auf 2,2 Mill. DM. Beinahe die Hälfte davon beanspruchte das Finanzamt. Mit 15,4 Mill. DM entfielen auf die Millionäre etwa 7% der gesamten Steuerschuld, am gesamten Einkommen waren sie dagegen nur mit knapp 3% beteiligt. - In den großen Einkommen sind die Einkünfte aus Gewerbebetrieb eindeutig im Übergewicht. Sie machten ungefähr neun Zehntel des Gesamtbetrages der Einkünfte aus. Im Durchschnitt aller Steuerpflichtigen stammte nur gut die Hälfte der Einkünfte aus Gewerbebetrieb.



EINZELHANDELSUMSÄTZE NEHMEN WIEDER ZU

Im ersten Halbjahr 1960 haben die Einzelhandelsumsätze in Schleswig-Holstein gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1959 um 7% zugenommen, während im Vorjahr nur ein Zuwachs von 4% zu verzeichnen war. Bemerkenswert ist der Umschwung im Warenbereich "Bekleidung, Wäsche und Schuhe" von - 3% im ersten Halbjahr 1959 auf +3% in diesem Jahr. Der Zuwachs im Bereich des "Sonstigen Einzelhandels" hat sich von 6% auf 9% und der für "Nahrungs- und Genußmittel" von 6% auf 8% verbessert. Lediglich für "Hausrat und Wohnbedarf" ging die Zuwachsrate von 3% auf 2% weiter zurück.



DER UNIVERSITÄTSBESUCH IM SOMMER 1960

Im Sommersemester 1960 waren an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel 5 285 deutsche und 448 ausländische Studierende immatrikuliert. Das waren insgesamt 594 Studierende mehr als im Sommer 1959. - Von den deutschen Studierenden gehörte die Hälfte zur Philosophischen Fakultät. Die Ausländer bevorzugten die Medizinische Fakultät.



DER GEMÜSEANBAU

In diesem Jahr wurden in Schleswig-Holstein - nach dem vorläufigen Ergebnis - rund 11 600 ha mit Gemüse bestellt. Die Kohlanbauer vergrößerten ihre Flächen gegenüber dem Vorjahr um 20%. Als Folge der günstigen Absatzverhältnisse im Vorjahr vergrößerte sich auch der Möhrenanbau. Der Anbau von Pflückerbsen nahm stärker zu als der von Buschbohnen.

Aus dem Inhalt

Wohnungsmarkt 1960

Seite 196

Im Frühjahr 1960 wurde eine 1%ige Wohnungsstichprobe für das gesamte Bundesgebiet angeordnet. Diese im April und Mai 1960 mit Hilfe von Interviewern durchgeführte Erhebung hat zum Ziel, den an der Wohnungspolitik interessierten und mitwirkenden Kreisen detaillierte Unterlagen für Überlegungen und Maßnahmen an die Hand zu geben. - Nach ersten vorläufigen Ergebnissen will von den in Schleswig-Holstein befragten 7 752 Haushalten annähernd jeder Fünfte aus den verschiedensten Gründen seine Wohnung wechseln, ein Familienheim erwerben oder als bisheriger Untermieter eine eigene Wohnung erlangen. Unterstellt man, daß der Auswahlatz von 1% bei der Erhebung erreicht worden ist, so errechnen sich für Schleswig-Holstein insgesamt fast 150 000 Haushalte, die einen Wohnungswechsel beabsichtigen oder sich in Form eines Familienheimes Eigentum schaffen wollen. - Ein weiteres Ergebnis der Erhebung ist, daß etwa die Hälfte der Haushalte, die einen Wohnungswunsch genannt haben, sich ernstlich um eine Wohnung oder ein Eigenheim bemühen. Rund bei jedem Vierten dieser Wohnungsbewerber steht die neue Wohnung sogar schon fest, der Bezug der Wohnungen ist nur noch eine Zeitfrage. - Auf Grund einer Teilauszählung konnte ferner festgestellt werden, daß nicht ganz die Hälfte der wohnungssuchenden Haushalte zur Zeit eine marktgängige Wohnung besitzen, die andere Hälfte setzt sich zu annähernd gleichen Teilen aus Untermietern und Bewohnern von beschränkt bewohnbaren Wohnungen (Notwohnungen, Kellerwohnungen usw.) zusammen. Mit Hilfe dieser Faustzahl wurde der subjektive Wohnungsbedarf für Schleswig-Holstein annähernd bestimmt. Er beträgt etwa 80 000 Wohnungseinheiten. - Die Mietwohnung ist auch 1960 überwiegend das Ziel der Wohnungswünsche. Über 70% der Haushalte, die sich verändern wollen, streben eine Mietwohnung an. Nicht ganz ein Viertel der Haushalte beabsichtigt dagegen, Eigentümer eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung zu werden. - Im Schnitt werden Wohnungen mit 3,5 Räumen, worin die Küche eingeschlossen ist, gewünscht. Die vorstehende Aussage bezieht sich nur auf Mietwohnungen. - Im Schnitt aller Mietwohnungen ist man bereit, monatlich 78 DM für die reine Miete auszugeben. 1957 betrug die Zahlungsbereitschaft nur 52 DM. - Vorherrschend unter den Haushalten mit Wohnungswunsch sind Ehepaare mit schulpflichtigen Kindern. 1960 sind es 32% dieser Haushalte, die anders wohnen wollen.

Vermögen 1957

Seite 200

Anfang 1957 wurden in Schleswig-Holstein 20 400 unbeschränkt Steuerpflichtige zur Vermögensteuer herangezogen. Sie hatten ein Rohvermögen von knapp 2 Mrd. DM. Nach Abzug von 524 Mill. DM Schulden verblieb ein Reinvermögen von 1,4 Mrd. DM. - Die Zahl der unbeschränkt Steuerpflichtigen

mit Rohvermögen war 1957 gegenüber 1953 um etwa 1 300 kleiner. Die Ursache dafür ist in den steuerrechtlichen Bewertungs- und Befreiungsvorschriften zu suchen. Sie wirkten sich besonders stark bei dem "Land- und forstwirtschaftlichen Vermögen" und bei dem "Sonstigen Vermögen" aus. Bei dem Betriebsvermögen erhöhte sich die Zahl der unbeschränkt Steuerpflichtigen von 1953 bis 1957 um rund 1 000. Das Vermögen wuchs in diesem Zeitraum um 40%; daraus ergab sich eine Erhöhung des durchschnittlichen Betriebsvermögens von 55 000 DM auf 70 000 DM. - Die Zahl der Grundvermögen hat sich zwischen 1953 und 1957 kaum verändert, obwohl die lebhafteste Bautätigkeit der letzten Jahre eine Zunahme erwarten ließ. Die Vermögensbildung in diesem Sektor führt nur in den seltensten Fällen zu steuerlich heranzuziehenden Vermögenswerten. - An der Spitze der Vermögenspyramide standen 1957 96 Vermögensmillionäre. Sie besaßen mit zusammen 213 Mill. DM knapp ein Sechstel des nachgewiesenen Reinvermögens von 1,4 Mrd. DM. Seit 1953 ist die Zahl der Millionenvermögen beinahe auf das Dreifache gewachsen. - Die Verschuldung des Betriebsvermögens nahm gut ein Fünftel des Rohvermögens in Anspruch. Die geringste Verschuldung (17%) wiesen die Steuerpflichtigen nach, die hauptsächlich Kapitalvermögen zu versteuern hatten. - Das Betriebsvermögen der 1 440 unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften belief sich Anfang 1957 auf 611 Mill. DM. Es war damit um knapp 200 Mill. DM größer als Anfang 1953. Da die Zahl der steuerpflichtigen Körperschaften in diesem Zeitraum um 45 abnahm, hat sich das durchschnittliche Betriebsvermögen um gut 50% erhöht. - 24 Körperschaften mit jeweils mehr als 5 Mill. DM teilten sich 1957 fast die Hälfte (297 Mill. DM) des Gesamtvermögens aller Körperschaften, während knapp die Hälfte der Körperschaften (659) mit jeweils weniger als 30 000 DM Vermögen nur rund 2% des Gesamtvermögens nachwiesen. - Die meisten Körperschaften wurden in der Rechtsform einer GmbH geführt. Am Gesamtvermögen waren sie mit gut einem Drittel beteiligt. Die kleine Zahl der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergrechtlichen Gesellschaften hatte mit 281 Mill. DM den größten Anteil am Gesamtvermögen. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erreichten mit knapp 45 Mill. DM Gesamtvermögen noch keine 10% des Vermögens der Körperschaften, obwohl fast jede dritte Körperschaft eine Genossenschaft war.

Wieviele Straßenverkehrsunfälle künftig?

Seite 208

Wenn der für die Vergangenheit festgestellte Zusammenhang zwischen Kraftfahrzeugbestand und Straßenverkehrsunfällen auch für die nächste Zukunft fortbestehen wird, dann muß für 1965 mit rund 16 000 und für 1970 mit rund 19 000 Kraftfahrzeugunfällen mit Personenschaden gerechnet werden. 1959 ereigneten sich 12 196 Unfälle, bei

denen Personen zu Schaden kamen. - Die Grundlage der vorliegenden Untersuchung ist ein Elastizitätskoeffizient, der aus dem gewogenen Kraftfahrzeugbestand - ermittelt mit Hilfe der Jahreskilometerleistung der Fahrzeuge - und aus den Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden errechnet wurde.

Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft Seite 210

Von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein werden in jedem Jahr die Buchführungsabschlüsse von etwa 800 landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins ausgewertet. Erfasst werden Betriebe mit über 20 ha. Da von den Betrieben dieser Größenklasse 72% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet werden, sind die Ergebnisse auch weitgehend repräsentativ für die ganze Landwirtschaft unseres Landes. Dies wird besonders deutlich beim Vergleich bestimmter¹ Daten der Buchführungsstatistik mit den entsprechenden Daten der amtlichen Agrarstatistik, die sich auf alle Betriebe des Landes beziehen. Mit Hilfe der Wirtschaftsergebnisse konnte die Lage der Landwirtschaft zwischen 1951/52 und 1958/59 verfolgt werden. - Ein Blick auf die Ergebnisse des Jahres 1958/59 zeigt, daß die Wirtschaftseinnahmen (berechnet in DM je ha LN) für Getreide infolge der schlechten Getreideernte verhältnismäßig niedrig waren. Die Einnahmen für Kartoffeln waren trotz niedriger Erträge, aber infolge besserer Preisgestaltung nicht geringer als 1957/58. Die erhebliche Steigerung der Rindereinnahmen ist vor allem auf einen Mehrverkauf an Rindern zurückzuführen. Die Zunahme der Schweineeinnahmen hängt damit zusammen, daß die Schweinebestände infolge der Zunahme des Fleischverbrauchs fortlaufend gestiegen sind. Der Rückgang der Milcheinnahmen im Wirtschaftsjahr 1958/59 ist trotz Erhöhung der Kuhbestände und Steigerung ihrer Leistungen allein auf das Absinken des Milchpreises zurückzuführen. - Bei den Wirtschaftsausgaben des Jahres 1958/59 zeigte sich, daß der Futtermittelzukauf im Verhältnis zu den Vorjahren außerordentlich gestiegen war. Die Mehrausgaben für Düngemittel ließen dagegen den erhöhten Düngeraufwand nicht

erkennen, weil der Preis durch die Maßnahmen des Grünen Planes herabgesetzt wurde. Trotz des starken Abbaus der Lohnarbeitskräfte ist der Barlohnaufwand erheblich gestiegen. Mit der zunehmenden Technisierung stiegen auch die Ausgaben für die Unterhaltung der Maschinen, für Treibstoffe und für Strom. Die Ausgaben für Investitionen betragen heute 10% der Wirtschaftsausgaben. - Gegenüber dem Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1951/52 bis 1954/55 ist der Reinertrag der schleswig-holsteinischen Betriebe in der folgenden 4-Jahresperiode um 20 DM je ha gestiegen. Die in den Wirtschaftsjahren 1955/56 bis 1958/59 aus dem Grünen Plan eingesetzten Mittel lagen aber beträchtlich darüber. Im Durchschnitt dieser vier Jahre sind 57 DM je ha LN in die Landwirtschaft hineingeflossen. Davon sind 37 DM je ha verbraucht worden, um die bisherigen Reinerträge aufrechtzuerhalten. - Gegenüber dem Mittel 1951/55 ist der tarifliche Landarbeiterstundenlohn bis 1958/59 von 1,00 DM auf 1,46 DM (+ 46%) angestiegen. Der Preisanstieg der landwirtschaftlichen Erzeugnisse betrug in diesem Zeitraum nur 14%. - Die Flächenproduktivität in der Landwirtschaft (1951/55 = 100) erhöhte sich - bei Ausschaltung der Preisentwicklung - für 1958/59 auf 109 und die Arbeitsproduktivität auf 140. Für die erste Produktivitätsziffer lag die Erzeugungsleistung (DM je ha LN) und für die zweite das Betriebseinkommen (DM je Voll-Arbeitskraft) zugrunde.

Feuerwehr und Brandschäden 1959 Seite 215

Im Jahre 1959 sind von den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein 2 189 Brände gemeldet worden, von denen 264 Großbrände waren. Die Gesamtzahl der Brände war doppelt so hoch wie 1958. 912 Brände entstanden in und an Gebäuden und 1 164 auf Freiflächen. - Ein großer Teil der Brände (187) entfiel auf die Ursachengruppe "Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen". An zweiter Stelle (171) stehen die Brände, die auf fehlerhafte bauliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Feuerstätten zurückzuführen sind. - Für 1959 wurde der gesamte Brandschaden auf rund 20 Mill. DM geschätzt.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein

- Erste vorläufige Ergebnisse der 1%igen Wohnungsstichprobe 1960 -

Auf der Grundlage des Bundesgesetzes vom 17. Mai 1956 für eine Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfs ist mit Rechtsverordnung vom 23. Dezember 1959 eine weitere 1%ige Wohnungsstichprobe für das gesamte Bundesgebiet angeordnet worden. Diese im April und Mai 1960 mit Hilfe von Interviewern durchgeführte Erhebung hat, wie ihre Vorgängerin vom Frühjahr 1957, zum Ziel, den an der Wohnungspolitik interessierten und mitwirkenden Kreisen detaillierte Unterlagen für Überlegungen und Maßnahmen an die Hand zu geben.

Der vorliegende Bericht fußt auf einer Schnellauswertung der eingegangenen Erhebungsunterlagen und erfüllt einen Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein, möglichst aktuelles Zahlenmaterial über die Nachfrageseite des Wohnungsmarktes für weitere Planungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Die Vorauswertung hat vorläufigen Charakter und wird durch eine eingehendere und - damit zwangsläufig verbunden - zeitraubendere Aufbereitung noch ergänzt und zum Teil auch berichtigt werden. Auf Grund der Erfahrung mit der Erhebung 1957 ist aber anzunehmen, daß mögliche Abweichungen von den endgültigen Werten die hier gemachten Aussagen weder in ihrer Richtung ändern noch in ihrer Größenordnung entscheidend berühren werden.

Die Anlage der 1%igen Wohnungsstichprobe 1960 entspricht etwa der vom Frühjahr 1957¹. Soweit möglich, werden in der nachfolgenden Abhandlung die Ergebnisse dieser beiden Jahre miteinander verglichen.

Fast 150 000 Haushalte wollen anders wohnen

Von den befragten 7 752 Haushalten will annähernd jeder fünfte aus den verschiedensten Gründen seine Wohnung wechseln, ein Familienheim erwerben oder als bisheriger Untermieter eine eigene Wohnung erlangen. Darunter sind auch einige wenige Haushalte, meistens Alleinstehende, die die Absicht haben, in eine Anstalt (z. B. Altersheim) oder in Untermiete zu ziehen.

Unterstellt man, daß der Auswahlsatz von 1% beider Erhebung erreicht worden ist - in Wirklichkeit liegt er durch Ausfälle geringfügig darunter - so errechnen sich für Schleswig-Holstein insgesamt fast 150 000 Haushalte, die

einen Wohnungswechsel beabsichtigen oder sich in Form eines Familienheimes Eigentum schaffen wollen. Diese hohe Zahl überrascht, wenn man bedenkt, daß es vor drei Jahren, also 1957, fast 180 000 Haushalte mit Wohnungswunsch waren und in der Zwischenzeit rund 65 000 Wohnungen neu gebaut worden sind. Rein rechnerisch ergibt sich demnach im Schnitt der letzten drei Jahre ein Wirkungsgrad der Neubautätigkeit hinsichtlich der Wohnungsnachfrage von nur etwa 50%. Das bedeutet, daß in dem genannten Zeitraum nur die Hälfte der Wohnungsbauleistung die Nachfrageseite des Wohnungsmarktes entlastet hat, während die andere Hälfte und die durch Wohnungswechsel frei gewordenen Wohnungen durch neu hinzugekommene Wohnungssuchende kompensiert worden sind. Da nun nicht anzunehmen ist, daß die Haushaltsneugründungen und die aus anderen Gebieten neu zugezogenen Haushalte die starke Zunahme der Wohnungsnachfrage erklären, liegt der Schluß nahe, daß gegenüber 1957 das Wohnen in der Rangfolge der Bedürfnisse wieder als dringlicher angesehen wird. Mit anderen Worten, Haushalte, die 1957 noch mit ihrer Wohnung zufrieden und wenig bereit waren, einen größeren Betrag ihres Einkommens für eine andere bessere Wohnung auszugeben, haben heute ihre Ansicht geändert. Das kann verschiedene Gründe haben. Entscheidend hierfür wird sein, daß das gestiegene Einkommensniveau verbunden mit einer fühlbaren Ersparnisbildung ein teureres Wohnen nunmehr gestattet. Das besagt nichts anderes, als daß mit steigendem Einkommen die Nachfrage nach Wohnungen steigt. Derjenige, der eine einfache Wohnung bewohnt, wünscht sich eine Komfortwohnung, der Mieter mit einer Dreizimmerwohnung strebt nach einer Vierzimmerwohnung, und wenn alle diese Wünsche erfüllt sind, liebäugelt der eine und der andere - seinem höheren Einkommen angepaßt - mit einem Eigenheim. Die naheliegenden Befürchtungen, daß der Abbau des Wohnungsdefizits einen starken Rückschlag für die Bauwirtschaft im Bereich des Wohnungsbaus zur Folge haben wird, dürfte daher nicht ganz begründet sein. Hinzu kommen die besseren Aussichten, eine zusagende, d. h. familiengerechte Wohnung, unterstützt durch die gleichlaufende Zielsetzung der staatlichen Wohnungsbaupolitik, zu erlangen. Auch der Umstand, daß während der Erhebung das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht mit seinen Auswirkungen auf das Mietgefüge in der Öffentlichkeit stark diskutiert worden ist, mag manchen Befragten dazu bewogen haben, dem Interviewer vorsorglich einen Wohnungswunsch zu nennen.

1) vergleiche Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 13 (Januar): "Die Struktur des Wohnungsbedarfs in Schleswig-Holstein"

Tab. 1 Haushalte mit Wohnungswunsch

Jahr	Haushalte	davon wünschen		
		eine Mietwohnung	ein eigenes Haus, eine Eigentumswohnung	Untermiete bzw. Anstaltsunterbringung
		%		
1957	180 000 ^a	77	21	1
1960	150 000 ^a	72	24	5

a) hochgerechnete Zahl

Um die Fälle nur potentieller Wohnungsnachfrage in den Griff zu bekommen, ist bei den Interviews auch nach der Realisierung des Wohnungswechsels gefragt worden. Und zwar ist zwischen den Haushalten unterschieden worden, die schon wirksame Schritte zur Erlangung der gewünschten Wohnung unternommen haben, wie z. B. Beitritt zu einer Wohnungsbaugenossenschaft, Bereitstellung eines Baukostenzuschusses, Aufgabe einer Zeitungsannonce, und denen, die selbst für die Erfüllung ihres Wunsches noch nicht tätig geworden sind. Zu letzteren zählen auch diejenigen, die lediglich einen Antrag beim Wohnungsamt gestellt haben. Die Auszählung hat ergeben, daß etwa die Hälfte der Haushalte, die einen Wohnungswunsch genannt haben, sich ernstlich um eine Wohnung oder ein Eigenheim bemühen. Rund bei jedem Vierten dieser Wohnungsbewerber steht die neue Wohnung schon fest, der Bezug der Wohnungen ist nur noch eine Zeitfrage.

Die eingangs genannten 150 000 Haushalte, die sich eine andere Wohnung wünschen, sind natürlich nicht identisch mit der Höhe des Wohnungsdefizits. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Haushalte beim Bezug einer neuen Wohnung ihre alte freimachen, die einem anderen Wohnungsbewerber wieder zur Verfügung gestellt werden kann. Eine Teilauszählung - rund 50% der Erhebungspapiere der Haushalte mit Wohnungswunsch - hat ergeben, daß nicht ganz die Hälfte der wohnungssuchenden Haushalte - soweit erkennbar - zur Zeit eine marktgängige Wohnung besitzen, die andere Hälfte setzt sich zu annähernd gleichen Teilen aus Untermietern und Bewohnern von beschränkt bewohnbaren Wohnungen - Notwohnungen, Kellerwohnungen, behelfsmäßig ausgebaute Dachgeschoßwohnungen und dergleichen - zusammen. Mit Hilfe dieser Faustzahl läßt sich nun auch der subjektive Wohnungsbedarf für Schleswig-Holstein annähernd bestimmen. Er beträgt etwa 80 000 Wohnungseinheiten.

Wesentlich ist die Feststellung, daß die Höhe des aus der 1%igen Wohnungsstichprobe gewonnenen subjektiven Wohnungsbedarfs sich fast genau mit der vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene anhand anderer Unterlagen gewonnenen Zahl deckt. In der Schrift:

"Wohnungspolitische Bilanz auf den 31. 12. 1958"² wird ein Wohnungsdefizit von etwa 103 000 Wohnungseinheiten genannt. Unter Berücksichtigung der Bautätigkeit seit diesem Zeitpunkt dürfte im Frühjahr dieses Jahres auch nach dieser Berechnung das Wohnungsdefizit zwischen 75 000 und 80 000 Wohnungseinheiten liegen. Aber auch die rein formale Berechnung des Wohnungsdefizits - objektiver Wohnungsbedarf auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956/57 unter Berücksichtigung der Wohnungs- und Bevölkerungsfortschreibung - weicht mit 74 000 Wohnungseinheiten Ende 1959 nicht sehr stark von dem vorgenannten Ergebnis ab. Die Auswertung der Wohnungsstichprobe bestätigt also die Wirklichkeitsnähe des wohnungspolitischen Plans, bei gleichbleibender Wohnungsbauleistung 1964 den Wohnungsmarkt im wesentlichen ausgeglichen zu haben.

Das Eigenheim mehr gefragt?

Die Mietwohnung ist auch 1960 überwiegend das Ziel der Wohnungswünsche. Über 70% der Haushalte, die sich verändern wollen, streben eine Mietwohnung an. Nicht ganz ein Viertel der Haushalte beabsichtigt dagegen, Eigentümer eines Familienheimes oder einer Eigentumswohnung zu werden. Ein geringer Teil der Haushalte mit Wohnungsbedarf, etwa jeder 20. Haushalt, wünscht in einer Anstalt untergebracht zu werden oder in Untermiete zu ziehen (vergleiche Tabelle 1).

Verglichen mit 1957 läßt sich eine leichte Verschiebung der Wohnungswünsche in Richtung auf Eigenheime und Eigentumswohnungen erkennen. Entnimmt man daraus ein verstärktes Streben nach Eigentum hinsichtlich des Wohnens, so spielt hierbei sicherlich das diesen Gedanken fördernde Zweite Wohnungsbaugesetz eine gewisse Rolle³.

Die Aufgliederung der Haushalte mit Wohnungswunsch nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes zeigt, daß Beamte, Angestellte

Tab. 2 Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes und Art des Wohnungswunsches

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Befragte Haushalte mit Wohnungswunsch	darunter wünschen	
		eine Mietwohnung	ein Eigenheim, eine Eigentumswohnung
		%	
Selbständige	96	(35)	(65)
Beamte und Angestellte	325	71	27
Arbeiter	581	74	24
Sonstige	481	76	13

2) herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene, Kiel, März 1960

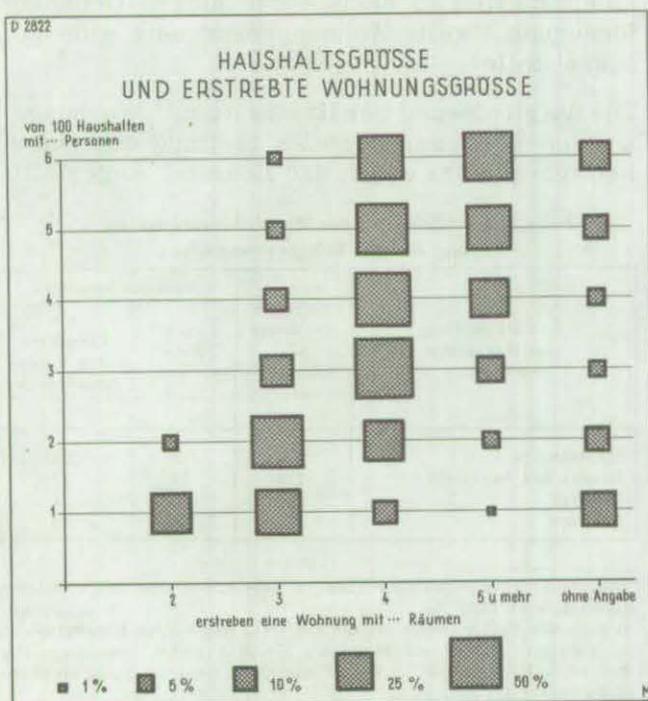
3) nach der Fehlertheorie ist die Differenz der beiden Prozentzahlen in Tabelle 1 (21 % und 24 %) als ziemlich sicher anzusehen. Der Wahrscheinlichkeitsgrad, daß der Unterschied wesentlich und nicht zufällig ist, beträgt rund 95 %.

und Arbeiter, die zusammen etwa 60% der Wohnungsnachfrage ausmachen, in der Richtung ihrer Wohnungswünsche etwa gleich liegen. Die ebenfalls starke Gruppe der "Sonstigen", in der Hauptsache Pensionäre, Rentner und dergleichen, ist am wenigsten geneigt, ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung zu erwerben. Da es sich dabei meistens um alte nicht mehr im Erwerbsleben stehende Menschen handelt, ist für sie aus finanziellen und zeitlichen Gründen der Eigentumserwerb wenig reizvoll. Dafür möchte fast jeder 10. Haushalt von ihnen, in den meisten Fällen Alleinstehende, in ein Altersheim und dergleichen ziehen oder als Untermieter wohnen. Die relativ kleine Gruppe der Selbständigen will überwiegend Eigentümer werden.

Im Schnitt 3,5 Räume

Die Frage nach der Größe der Wohnung und der tragbaren Miete bzw. Belastung ist leider nur von denjenigen Haushalten in einer für die Auswertung ausreichenden Zahl beantwortet worden, die auf eine Mietwohnung reflektieren. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich daher nur auf Mietwohnungen.

Im Schnitt werden Wohnungen mit 3,5 Räumen, worin die Küche eingeschlossen ist, gewünscht. Die Wohnungsgröße erstreckt sich zwischen 3,1 Räumen bei den Pensionären und Rentnern und 4,3 Räumen bei den Selbständigen. Gegenüber 1957 ist die gewünschte durchschnittliche Wohnungsgröße die gleiche geblieben. Eine größere Abweichung besteht lediglich bei der Gruppe der Selbständigen, die 1960 noch mit 3,8 Räumen zufriedengestellt werden konnte und jetzt 4,3 Räume wünscht.



Kombiniert man die Haushaltsgrößen mit der gewünschten Wohnungsgröße, so ergibt sich eine deutliche und sinnvolle Abstufung. Das Ziel der Einpersonenhaushalte sind in der Hauptsache Wohnungen bis zu 3 Räumen. Größere Wohnungen werden nur von etwas weniger als jedem 9. Einpersonenhaushalt angestrebt. Haushalte mit 2 Personen fragen etwa zur Hälfte 3-Raumwohnungen und zu fast einem Drittel 4-Raumwohnungen nach. Die 3-, 4-, 5- und 6-Personenhaushalte wünschen sich meist 4-Raumwohnungen, wobei mit steigender Haushaltsgröße die 5- und Mehrraumwohnungen an Gewicht gewinnen. Erst die Haushalte mit 7 und mehr Personen - diese Gruppe ist allerdings schwach besetzt - streben überwiegend Wohnungen mit 6 und mehr Räumen an.

Tab. 3 Größe der angestrebten Wohnung und zugestandene Miete - nur Mietwohnungen -

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Durchschnittliche Wohnungsgröße nach der Raumzahl		Zugestandene monatliche Miete in DM	
	1957	1960	1957	1960
Selbständige	(3,8)	(4,3)	(68)	(128)
Beamte und Angestellte	3,7	3,9	67	100
Arbeiter	3,8	3,6	49	74
Sonstige	3,0	3,1	42	66

Höhere Mietzahlungsbereitschaft

Entscheidende Unterschiede, verglichen mit 1957, bestehen in den zugestandenen Mieten. Es scheint, als ob das Gut Wohnung hinsichtlich des dafür zu zahlenden Preises bei der Befragung im Frühjahr dieses Jahres realistischer betrachtet worden ist. Im Schnitt aller Mietwohnungen ist man nunmehr bereit, monatlich 78 DM für die reine Miete auszugeben. 1957 betrug die Zahlungsbereitschaft nur 52 DM. Noch markanter ist der Unterschied gegenüber der 1957 durchgeführten Befragung bei der Betrachtung der Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes.

Die Selbständigen sind im Schnitt bereit, 128 DM monatlich für Miete auszugeben, gefolgt von den Beamten und Angestellten mit monatlich 100 DM. Das ist wesentlich mehr als 1957, wo etwas kleinere Wohnungen nur 68 DM bzw. 67 DM kosten sollten. Auch die Gruppe der Arbeiter ist nunmehr gewillt, sogar für im Schnitt etwas kleinere Wohnungen als 1957 74 DM Miete monatlich von ihrem Einkommen abzuzweigen, gegenüber 49 DM im Frühjahr 1957. Verständlicherweise ist die Gruppe der Rentner und Pensionäre am wenigsten in der Lage, hohe Mieten zu tragen. Es sind aber immerhin 66 DM monatlich, während bei der vorangegangenen Erhebung im Schnitt nur 42 DM angegeben worden sind. Man kann also sagen, daß die jeweilig

zugestandene Höhe der Miete im Einklang mit dem der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes mutmaßlich entsprechenden Einkommensniveau steht.

Bezogen auf die Größe der Wohnungen schwankt die im Durchschnitt zugestandene Miete zwischen 44 DM für Wohnungen mit 1 und 2 Räumen und 115 DM für Wohnungen mit 5 und mehr Räumen. Für Dreiraumwohnungen errechnet sich eine durchschnittliche Miete von 68 DM, für Vierraumwohnungen von ca. 84 DM.

Vornehmlich Haushalte mit schulpflichtigen Kindern

Für die Untersuchung der Struktur der wohnungsnachfragenden Haushalte sind diese bestimmten Haushaltstypen zugeordnet worden. Abgesehen von der Trennung zwischen Einpersonnen- und Mehrpersonnenhaushalten war bei Ehepaaren ohne Kinder ein wesentlicher Gesichtspunkt der Typisierung, ob die Familie auf Grund des Alters der Ehefrau voraussichtlich stagniert oder ob mit Zuwachs noch zu rechnen ist. Bei Haushalten mit Kindern war für die Eingruppierung das Alter der Kinder ausschlaggebend, und zwar für die Unterscheidung nach Familien mit und ohne schulpflichtigen Kindern. In der Gruppe der Haushalte mit schulpflichtigen Kindern sind auch die Familien enthalten, deren Kinder das schulpflichtige Alter bereits überschritten haben.

Vorherrschend unter den Haushalten mit Wohnungswunsch, wenn auch in etwas geringerem Umfange als 1957, sind Ehepaare mit schulpflichtigen Kindern. 1960 sind es 32%, 1957 waren es dagegen 37% aller Haushalte, die anders wohnen wollen. Es sind im wesentlichen die Familien, die ursprünglich - unter anderem auch aus finanziellen Gründen - mit einer kleineren Wohnung zufrieden waren und wo nunmehr die notwendige Geschlechtertrennung und der Wunsch nach einem eigenen Arbeits- und Spielraum für die Kinder eine größere Wohnung erfordert. Die Ehepaare, deren Kinder noch nicht schulpflichtig sind oder eben das schulpflichtige Alter erreicht haben, machen 15% (1957: 11%), also etwa die Hälfte der erstgenannten Familien aus.

Bei den kinderlosen Ehepaaren fällt wie 1957 auf, daß diejenigen, bei denen im allgemeinen nicht mehr mit Nachwuchs zu rechnen ist, häufiger eine andere Wohnung wünschen als jüngere Ehepaare.

Die Alleinstehenden sind nach den Ehepaaren mit schulpflichtigen Kindern die stärkste Gruppe von Wohnungssuchenden. Sie sind mit 18% (1957: 17%) an den Haushalten, die einen Wohnungswunsch genannt haben, beteiligt. Es ist dabei zu bedenken, daß darin auch Einzelpersonen

enthalten sind, die ihren Wohnungswunsch im Hinblick auf eine beabsichtigte Eheschließung genannt haben.

Die Wohnungen sind zu klein

Auf die Frage des Interviewers, warum eine andere Wohnung gewünscht wird, lautet fast jede dritte Antwort: Die jetzige Wohnung ist zu klein, und jede fünfte Antwort: Die Wohnung genügt in ihrer Ausstattung nicht den Ansprüchen. Da mehrere Gründe angegeben werden konnten, ist darin auch die naheliegende Kombination beider Antworten enthalten.

Tab. 4 Die Gründe für den Wohnungswunsch nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und der jetzigen Art der Wohnungsnutzung

Soziale Stellung — Jetzige Art der Wohnungsnutzung	Jetzige Wohnung zu klein	Jetzige Wohnung genügt in ihrer Ausstattung nicht den Ansprüchen	Streben nach selbständiger Wohnung oder Haushaltsführung	Streben nach eigenem Haus oder Eigentumswohnung	Sonstige ¹
		% aller von den Haushalten mit Wohnungswunsch genannten Gründe			
Selbständige	27	18	7	21	27
Beamte und Angestellte	31	20	15	10	24
Arbeiter	34	20	14	8	23
Sonstige	27	21	14	5	32
Insgesamt	31	20	14	9	26
davon					
Hauptmieter	32	23	7	9	29
Untermieter	31	18	27	5	19
Gebäude- und Wohnungseigentümer	26	11	15	18	30

1) jetzige Wohnung zu groß, zu teuer, liegt ungünstig zur Arbeitsstätte; Barackenräumung, Räumungsklage u. a.

Die zu kleine Wohnung ist am häufigsten von den Arbeitern als Grund für einen angestrebten Wohnungswechsel angegeben worden. Die relativ hohe Zahl von Gebäuden- und Wohnungseigentümern, die ebenfalls ihre Wohnung als zu klein bezeichneten, ist darauf zurückzuführen, daß auch Eigentümer von Behelfsheimen und Baracken in dieser Gruppe enthalten sind. Die mangelnde Ausstattung der Wohnungen ist über alle sozialen Schichten hinweg etwa gleich oft als Grund genannt worden.

Ein ebenfalls häufig vorkommendes Motiv des Wohnungswunsches ist das Streben nach eigener Haushaltsführung. Es sind wohl im wesentlichen die Fälle, wo junge Ehepaare bis zum Erwerb einer eigenen in der elterlichen Wohnung mitwohnen und entweder als zum elterlichen Haushalt gehörend oder als Untermieter erfaßt worden sind. Hieraus erklärt sich auch, daß die Untermieter das Streben nach eigener Haushaltsführung am häufigsten als Grund des Wohnungswunsches genannt haben.

Das Ziel, ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung zu erwerben, ist für etwa jede 10. Haushaltung Anlaß des Wohnungswunsches. Diese Feststellung steht scheinbar im Widerspruch zu der früher genannten Tatsache, daß annähernd ein Viertel der Haushalte, die anders wohnen wollen, ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung anstreben. Die Abweichung der beiden Anteilsätze ist aber in erster Linie methodisch bedingt. Es sind insgesamt doppelt so viel Gründe angegeben worden, als Haushalte mit Wohnungswunsch festgestellt worden sind. Durch diese Verdoppelung der Bezugsmasse sind die Anteilsätze halbiert. Hinzu kommt, daß manche Haushalte, die - wie aus den Erhebungspapieren ersichtlich - ein Eigenheim anstreben, dieses Ziel nicht als Grund für ihren Wohnungswunsch angegeben haben. Der Interviewer war angehalten, in keinem Fall den Befragten zu beeinflussen oder gar einen ihm nicht genannten Grund nachzutragen. Interessant ist aber in diesem Zusammenhang die schon bei der Richtung der Wohnungswünsche festgestellte deutliche Abstufung von den Selbständigen über die Beamten, Angestellten und Arbeiter zu den Rentnern und Pensionären.

Es sind noch eine Vielzahl weiterer Gründe, z. B. die jetzige Wohnung ist zu groß, zu teuer, liegt ungünstig zur Arbeitsstätte, Barackenräumung, Räumungsklage, genannt worden. Im einzelnen ist die Zahl dieser Gründe aber zu klein, um allgemeingültige Aussagen daraus ableiten zu können. Zusammen sind es aber über ein Viertel der Motive für den Wunsch, sich wohnungsmäßig zu verändern.

Begriffe und Methoden

Auswahlgrundlage der 1%igen Stichprobe waren die bei der Wohnungszählung am 25.9.1956 festgestellten Wohnungen, die um die Wohnungsneubauten seit diesem Stichtag ergänzt worden sind.

Die Erhebung ist in den 162 sogenannten Mikrozensusgemeinden durchgeführt worden. Diese Gemeinden sind ihrer Struktur nach so ausgewählt, dass sie einen repräsentativen Querschnitt für das ganze Land gewährleisten. In diesen Gemeinden wurden insgesamt rund 6 900 Wohnungen mit rund 8 500 Haushalten für die Erhebung ausgewählt.

Die Zahl der befragten Haushalte ist nicht identisch mit der Zahl der ausgewählten Haushalte. Die Abweichung ist durch Ausfälle bedingt. Hierbei handelt es sich um abwesende oder verzogene Haushalte, leerstehende Wohnungen und ähnliche Fälle.

Die Zahlenangaben sind hinsichtlich ihrer Aussagekraft statistisch methodisch abgesichert. Wegen zu geringer Besetzung nur mit Vorbehalt zu verwendende Werte sind in Klammern gesetzt.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein 1957

- Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1957 -

A. Natürliche Personen

1. Hauptergebnis

a) Unbeschränkt Steuerpflichtige

Die Veranlagung zur Vermögensteuer auf den 1. 1. 1957 ergab für 20 400 unbeschränkt Steuerpflichtige ein Rohvermögen von knapp 2 Mrd. DM, das waren 216 Mill. DM (13%) mehr als am letzten Hauptfeststellungszeitpunkt (1. 1. 1953). Da von 1953 bis 1957 die Verschuldung um 65 Mill. DM auf 524 Mill. DM abnahm, ermäßigte sich der Anteil der Schulden am Rohvermögen von 35% auf 27%. Daraus resultiert eine Erhöhung des Gesamtvermögens (Reinvermögen) um ein Viertel auf 1,4 Mrd. DM.

Das Reinvermögen ist aber noch nicht Steuerbemessungsgrundlage. Von ihm werden bestimmte Freibeträge abgezogen. Erst der danach verbleibende Betrag stellt das steuerpflichtige Vermögen dar, das mit 1%, bis zur Höhe der Vermögensabgabeschuld nach dem Stand vom 21.6.1948 jedoch nur mit 0,75% besteuert wird.

Die Summe der Freibeträge belief sich auf 437 Mill. DM (1953: 442 Mill. DM), davon wurden

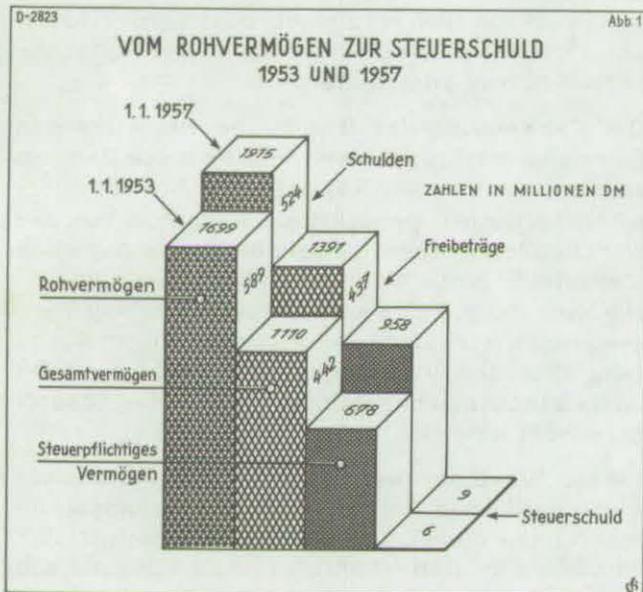
Tab. 1 Rohvermögen, Schulden, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Merkmal	1. 1. 1953			1. 1. 1957		
	Fälle	Mill. DM	%	Fälle	Mill. DM	%
	Steuerpflichtige			Steuerpflichtige		
Land- und forstwirtschaftl. Vermögen	10 358	555	33	7 695	391	20
Grundvermögen	11 221	298	18	11 657	324	17
Betriebsvermögen	9 581	527	31	10 494	738	39
Sonstiges Vermögen	15 876	320	19	9 619	462	24
Rohvermögen	21 726	1 699	100	20 418	1 915	100
Schulden	19 794	589	35	17 527	524	27
darunter						
Sonstige Verbindlichkeiten ¹⁾	21 483	350	x	17 107	244	x
Gesamtvermögen	21 726	1 110	65	20 418	1 391	73
Freibeträge	51 766	442	x	52 192	437	x
Steuerpflichtiges Vermögen	18 159	678	x	17 233	958	x
Steuerschuld	18 159	6	x	17 233	9	x

1) Hypothekengewinnabgabe und Zeitwert der Vermögensabgabe

etwa 10 Mill. DM steuerlich nicht wirksam, da das Reinvermögen in den niedrigen Vermögensgruppen oftmals kleiner war als die zustehenden Freibeträge. Auf das steuerpflichtige Vermögen

in Höhe von 958 Mill. DM, das nach Berücksichtigung der Freibeträge verblieb, wurde eine Jahressteuerschuld von 8,8 Mill. DM festgesetzt. Sie belastete aber nur 17 200 Vermögen, da sich unter den 14 000 Vermögen bis zu 50 000 DM 3 200 befanden, bei denen so hohe Freibeträge geltend gemacht werden konnten, daß sie von der Vermögensteuer befreit waren. Die Freibeträge machten etwa 30% des gesamten Reinvermögens aus. Bezieht man die Steuerschuld sinnvollerweise auf das Reinvermögen, dann zeigt sich, daß die effektive Steuerbelastung mit 0,64% merklich höher lag als 1953 (0,53%).



Der Rückgang der Zahl der Rohvermögen um etwa 1 300 widerspricht an sich der mit der allgemeinen Wohlstandssteigerung erwarteten Vermögenvermehrung. Die Ursache für diese gegenläufige Entwicklung, die beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen und beim sonstigen Vermögen besonders auffällig war, liegt nicht etwa in einem Vermögensverfall, sondern ist in den steuerrechtlichen Bewertungs- und Befreiungsvorschriften zu suchen.

b) Beschränkt Steuerpflichtige

Die Zahl der Ausländer, die mit ihrem in Schleswig-Holstein befindlichen Vermögen veranlagt wurden, hat sich seit 1953 - hauptsächlich durch die Erhöhung der Steuerfreigrenze auf 2 000 DM - um nahezu die Hälfte auf etwa 1 000 vermindert, während das Rohvermögen (28 Mill. DM) und die Schulden (9 Mill. DM) kaum Veränderungen aufwiesen. Die durchschnittlichen Rohvermögen (26 000 DM) und Reinvermögen (18 000 DM) blieben weit unter den entsprechenden Werten der unbeschränkt Steuerpflichtigen (94 000 DM bzw. 68 000 DM).

Bei dem inländischen Vermögen von Ausländern handelt es sich überwiegend um Grundver-

mögen, vermutlich um bebaute Grundstücke, das bei ihnen 45%, bei den unbeschränkt Steuerpflichtigen jedoch nur 17% des Rohvermögens ausmachte. Etwa neun Zehntel der Reinvermögen waren kleiner als 20 000 DM. Der Anteil den Ausländer am steuerlich festgestellten Nettoinlandvermögen haben, ist sowohl der Zahl (5%) als auch dem Betrag (1,4%) nach gering.

Exkurs über einige Probleme der Vermögensteuerstatistik

Nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes, die für die Veranlagung zur Vermögensteuer gelten, setzt sich das Rohvermögen aus folgenden Vermögensarten zusammen:

- Land- und forstwirtschaftliches Vermögen
- Grundvermögen
- Betriebsvermögen
- Sonstiges Vermögen.

Für die einzelnen Vermögensarten sind unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe anzuwenden. So werden land- und forstwirtschaftliche Vermögen und Grundvermögen (das sind bebaute und unbebaute Grundstücke) mit den erstarrten Einheitswerten angesetzt, die als Ertragswert nach den Wert- und Preisverhältnissen vom 1.1.1935 ermittelt worden sind. Dieses Verfahren ist auch bei Neubauten anzuwenden, so daß sich für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen einschl. der zum Betriebsvermögen gehörenden Betriebsgrundstücke Werte ergeben, die nur einen Bruchteil der tatsächlichen Werte betragen. Dagegen ist das Betriebsvermögen und das sonstige Vermögen (das ist in der Hauptsache Kapitalvermögen) mit dem gemeinen Wert anzusetzen, der etwa dem Verkehrswert entspricht; diese Werte sind also einigermaßen zeitnah¹. Die unterschiedlichen Bewertungsmethoden (Ertragswert und gemeiner Wert) und eine Differenz von mehr als 20 Jahren in den Bewertungszeitpunkten führen dazu, daß die Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik in erster Linie von fiskalischem Interesse sind. Die wirtschaftlich relevanten Tatbestände - hier das Vermögen -, an die der Gesetzgeber bei der Besteuerung anknüpfen muß, erscheinen nur noch als Torso. Das gilt auch für die Verteilung der Vermögen auf die einzelnen Steuerpflichtigen.

Die für Besteuerungszwecke notwendige und berechnete Addition der unterschiedlich bewerteten Vermögensarten ergibt eine Summe für das Rohvermögen, die zwar mit der unter gleichen methodischen Voraussetzungen ermittelten

¹) Für Wertpapiere werden jeweils zu den Hauptfeststellungszeitpunkten besondere Steuerkurswerte durch die Finanzverwaltung festgestellt, die als ein Mittelwert aus den Börsennotierungen eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes vor dem Bewertungsstichtag gebildet werden

eines früheren Zeitpunktes vergleichbar ist; bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise ist der Aussagewert dieser "Summenbildungen" jedoch erheblich eingeschränkt. Diese Einschränkung ist umso größer, je häufiger bei den Steuerpflichtigen mehrere Vermögensarten zu einem einheitlichen Rohvermögen oder Gesamtvermögen zusammengefaßt werden. In der Wirklichkeit sind Fälle, in denen ein Vermögensbesitzer, d. h. Haushalt, nur über eine Vermögensart verfügt, verhältnismäßig selten.

2. Vermögensarten der unbeschränkt Steuerpflichtigen

a) Land- und forstwirtschaftliche Vermögen

Der absolute Rückgang der Zahl der Fälle und des Betrages ist nicht Ausdruck eines besorgniserregenden Vermögenverfalls, sondern auf die Verwendung der auf den 1. 1. 1935 festgestellten Einheitswerte² zurückzuführen, die auch heute noch die Grundlage für die Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe darstellt. Die Vermögensbilanz eines Landwirtes weist als Aktivposten den erstarrten Einheitswert von 1935, auf der Passivseite jedoch die Schulden nach, wie sie unter den Preisverhältnissen am 1. 1. 1957 - also gut 20 Jahre später - vorhanden waren. Bei diesem Verfahren, das konstante Aktiva und variable Passiva, in Beziehung setzt, muß unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen ein verzerrtes Bild der heutigen landwirtschaftlichen Vermö-

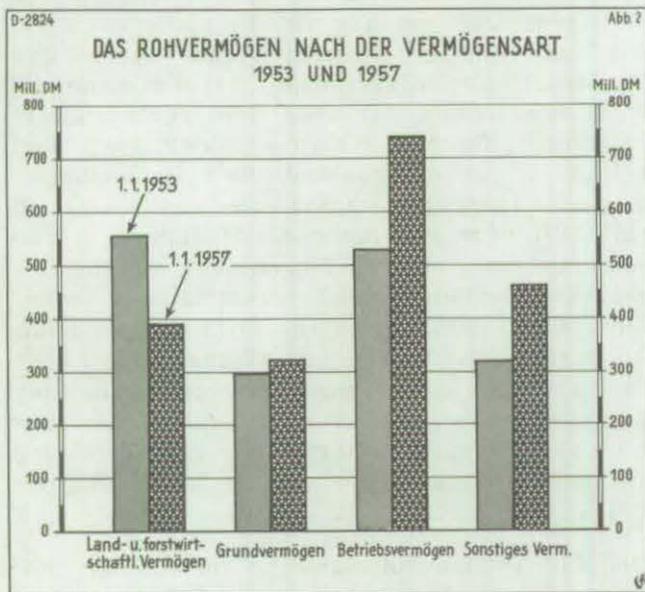
genssituation entstehen. Ein einfaches Beispiel soll diesen Vorgang verdeutlichen:

Der Einheitswert eines 30-Hektar-Hofes betrage	50 000 DM
Schulden wegen Anschaffung eines Schleppers oder ähnliches	20 000 DM
Ergibt Reinvermögen (50 000 - 20 000 DM)	= 30 000 DM
davon ab Freibeträge	
a) für den Steuerpflichtigen und Ehefrau	20 000 DM
b) zwei Kinder	10 000 DM
somit verbleibt steuerpflichtiges Vermögen	0 DM

In diesem Beispiel, das etwa einen bäuerlichen Familienbetrieb zur Vorlage hat, entsteht keine Vermögensteuerbelastung, obwohl das tatsächliche Reinvermögen zwischen 80 000 bis 130 000 DM liegen dürfte, je nachdem ob man den Einheitswert von 1935 verdoppelt oder verdreifacht, um einen dem heutigen Verkehrswert angenäherten Betrag zu erhalten.

Die Verwendung der überholten Einheitswerte führt also zu Ergebnissen, die sich von Jahr zu Jahr mit steigendem Kapitaleinsatz in der landwirtschaftlichen Produktion zunehmend von der Wirklichkeit entfernen. Sie haben daher nur noch steuertechnische aber kaum noch wirtschaftliche Bedeutung. Falls keine neue Bewertung vorgenommen wird, muß mit einem weiteren Rückgang des der Vermögensteuer unterliegenden landwirtschaftlichen Vermögens für die Zukunft gerechnet werden.

Dieser "Vermögensschwund" wird für die landwirtschaftlichen Betriebe durch eine spezielle gesetzliche Regelung, die den Überschuß der umlaufenden Betriebsmittel zum Gegenstand hat, noch verstärkt³.



2) Der Reichsspitzenbetrieb, in der Magdeburger Börde gelegen, bildet mit einem Hektarsatz von 3 780 RM/DM die Basis für die Einheitsbewertung auf den 1. 1. 1935. Alle anderen landwirtschaftlichen Betriebe wurden unter Berücksichtigung der die Ertragslage beeinflussenden Faktoren in ein Verhältnis zu dem Ertragswert - ausgedrückt in dem Hektarsatz - gebracht. Dieses Verfahren ist auch heute noch Grundlage der Bewertung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Bei einem für Schleswig-Holstein angenommenen Hektarsatz mit 1 700 DM, das sind 45 % des Reichsspitzenbetriebes, ergibt sich für einen 30-Hektar-Hof ein Einheitswert von 51 000 DM

Tab. 2 Durchschnittsbeträge nach Vermögensarten der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Vermögensart	1. 1. 1953		1. 1. 1957	
	Fälle Steuerpflichtige	Betrag in DM je Fall/Steuerpflichtigen	Fälle Steuerpflichtige	Betrag in DM je Fall/Steuerpflichtigen
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	10 358	53 569	7 695	50 802
Grundvermögen	11 221	26 519	11 657	27 765
Betriebsvermögen	9 581	54 989	10 494	70 348
Sonstiges Vermögen	15 876	20 137	9 619	48 064
Rohvermögen	21 726	78 200	20 418	93 797

Eine weitere Bestätigung des "unechten" Vermögensrückganges ist daraus zu entnehmen, daß die Zahl der Fälle um etwa ein Viertel (von 10 400 auf 7 700), das durchschnittliche Rohvermögen aber nur um 5% zurückging. Wäre nämlich ein echter Vermögensschwund eingetreten, dann hätte sich der Durchschnittsbetrag erheblich stärker vermindern müssen als es der Fall gewesen ist.

3) Einzelheiten dazu siehe § 32, Absatz II und § 74, Absatz I, Ziffer 3 Bewertungsgesetz. Danach ist der Überschuß der laufenden Betriebseinnahmen über die laufenden Betriebsausgaben der nach dem 30.6. bis zum 31.12. entstanden ist, vom Rohvermögen abzuziehen

In den vorstehenden Ausführungen wurden die Hauptursachen für die unvollständige Darstellung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens aufgezeigt. Die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben und ihrem Vermögen und den Ergebnissen der Vermögensteuerstatistik ist so offensichtlich, daß der Gedanke nahe liegt, eine Ergänzung vorzunehmen, um ein wirklichkeitsnäheres Bild des landwirtschaftlichen Vermögens zu erhalten. Die folgenden Überlegungen sind daher als ein Versuch zu werten, von den fiskalisch bestimmten Ergebnissen der Vermögensbesteuerung ausgehend, die Gesamtheit des Vermögens der Landwirtschaft in großen Zügen darzustellen.

Am 1.1.1957 waren 5 300 Land- und Forstwirte mit 417 Mill. DM Rohvermögen, darunter 360 Mill. DM (86 %) land- und forstwirtschaftliche Rohvermögen, vorhanden. Nach der Umsatzsteuerstatistik 1955 wurden jedoch etwa 42 000 Landwirte ermittelt, nach der Bodennutzungserhebung 1957 waren es sogar 64 000, darunter aber nur 42 000 mit 5 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN). Bei den 22 000 Landwirten mit weniger als 5 ha LN dürften nichtlandwirtschaftliche Nebenerwerbsquellen eine mehr oder weniger große Rolle gespielt haben. Läßt man diesen nur unsicher zuzuordnenden Bereich außer Betracht, dann ergibt sich, daß nur etwa jeder achte land- und forstwirtschaftliche Betrieb vermögenssteuerpflichtig war. Unterstellt man weiter, daß die 3 400 Betriebe mit 50 und mehr ha LN überwiegend wohl der Steuerpflicht unterlegen haben dürften, dann waren von 16 800 Betrieben der mittleren Größenklasse (20 bis unter 50 ha LN) nur noch höchstens 2 000 steuerpflichtig; etwa 15 000 dieser Größenklasse und sämtliche Betriebe (22 000) mit 5 bis unter 20 ha LN blieben außerhalb der Vermögensbesteuerung. Diese schematische Aussonderung wird sicher in einem oder anderen Falle nicht zutreffen. Es soll hier aber auch nur ein Versuch unternommen werden, die Größenordnungen und ihre Relationen in den Griff zu bekommen.

Der Betrag des steuerlich nicht erfaßten land- und forstwirtschaftlichen Rohvermögens könnte sich um 700 bis 750 Mill. DM bewegen; dabei sind nur die 37 000 Betriebe zwischen 5 und 50 ha LN, die nach den vorhergehenden Ausführungen als von der Vermögensteuer nicht betroffen angesehen wurden, mit einem vorsichtig bewerteten Rohvermögen von durchschnittlich 20 000 DM angesetzt worden.

Folgt man diesen Überlegungen, dann errechnet sich ein land- und forstwirtschaftliches Rohvermögen - bewertet nach dem Stande vom 1.1.1935 - von etwa 1,2 Mrd. DM. Mit anderen Worten: In der Vermögensteuerstatistik 1957 wurde nur etwa ein Drittel des (unterbewerteten) Bruttovermögens der hauptberuflichen Land- und Forstwirte (einschließlich ihrer nächsten Familienangehörigen) erfaßt. Der nächste Schritt wäre dann der Übergang von den fiskalischen zu den realen Vermögenswerten.

Unter Berücksichtigung der 22 000 "kleinen Landwirte", d. h. der Betriebe bis zu 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die zweifellos ebenfalls Vermögensbesitzer sind, würde sich der Gesamtwert des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens noch mehr erhöhen, der nicht erfaßte "Unterbau" der Vermögenspyramide noch breiter werden, je nachdem mit welchen durchschnittlichen Vermögen man bei den Kleinbetrieben rechnet.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Schuldenquote hinzuweisen, die sich für das steuerlich relevante Vermögen auf 45 % stellte. Daß diese Quote ohne jeden wirtschaftlichen Aussagewert ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

b) Betriebsvermögen

Bei dem Betriebsvermögen verlief die Entwicklung umgekehrt wie beim landwirtschaftlichen Vermögen: Die Zahl der Betriebsvermögen stieg von 1953 - 1957 um etwa 1 000. Im gleichen Zeitraum wuchs das Vermögen um 40%;

daraus ergab sich eine bemerkenswerte Erhöhung des durchschnittlichen Betriebsvermögens von 55 000 DM auf 70 000 DM. Zudem handelt es sich beim Betriebsvermögen um Reinvermögen im Gegensatz zu den anderen Vermögensarten, die erst nach Abzug der Schulden dem Betriebsvermögen vergleichbare Reinvermögenswerte darstellen würden. Eine Zurechnung der Schulden zu den jeweilig entsprechenden Vermögensarten läßt sich aus den vorhandenen Unterlagen nicht durchführen, so daß ein Vergleich der Summen von Vermögensarten untereinander wenig sinnvoll ist.

c) Sonstiges Vermögen

Auch beim sonstigen Vermögen haben steuerrechtliche Änderungen - in der Hauptsache das Gesetz zur Änderung vermögenssteuerrechtlicher Vorschriften vom 24.7.1958, das u. a. 6 000 DM bzw. 12 000 DM des Kapitalvermögens außer Ansatz läßt - einen besonders starken Rückgang der Zahl der Fälle um etwa 6 000 bewirkt. Durch diese Vorschrift kam für viele Besitzer von Bank- und Sparguthaben die Veranlagung zur Vermögensteuer in Fortfall, wie das nachstehende Beispiel zeigt.

Ein Haushalt (Ehepaar mit einem Kind) besitze folgendes schuldenfreies "Sonstiges Vermögen":

1. Hypothekendarstellungen	15 000 DM
2. Sparguthaben	12 000 DM
3. Wertpapiere	4 000 DM
4. Lebensversicherungsanspruch	6 000 DM
Rohvermögen	37 000 DM
Außer Ansatz bleiben	
a) Nach § 67, I, Ziffer 2 und Abs. II, Bew.Ges.	12 000 DM
b) Nach § 67, I, Ziffer 6 Bew.Ges.	5 000 DM
Gesamtvermögen	20 000 DM
Freibeträge	
Steuerpflichtiger Ehefrau	10 000 DM
Kind	5 000 DM
Verbleibt steuerpflichtiges Vermögen =	0 DM

In unserem Beispiel, das mit Variationen vielfach in der Wirklichkeit wiederzufinden sein dürfte, ergibt sich bei einem Reinvermögen von 37 000 DM, ein steuerpflichtiges Vermögen von 0 DM.

Bei den größeren "Sonstigen Vermögen", die vermutlich einen höheren Anteil von Aktien aufweisen, trat infolge der haussierenden Aktienkurse ein erheblicher Vermögenszuwachs ein, der sich in einem gegenüber 1953 um 45% höheren Gesamtbetrag dieser Vermögensart auswirkte.

d) Grundvermögen

Die Zahl der Grundvermögen hat sich dagegen kaum verändert, obwohl die lebhaftere Bautätigkeit der letzten Jahre eine Zunahme erwarten ließ. Die Vermögensbildung in diesem Sektor

führt nur in den seltensten Fällen zu steuerlich heranzuziehenden Vermögenswerten, da die rückwärts gerichtete Bewertung von Neubauten (analog dem Verfahren beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen) nur in Ausnahmefällen für Neubauten von Mehr- und Einfamilienhäusern zu so hohen Einheitswerten führt, daß sie nicht von den Schulden oder Freibeträgen gedeckt oder überdeckt werden.

3. Vermögensschichtung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Bei einer Beurteilung der Vermögensverteilung der natürlichen Personen muß vorausgeschickt werden, daß es sich streng genommen nicht um die Verteilung des Reinvermögens von einzelnen Personen handelt, sondern nach dem Prinzip der Haushaltsbesteuerung die Zusammenveranlagung von Ehepartnern mit ihren Kindern unter 18 Jahren der Regelfall ist. Es wird also nicht das individuelle Vermögen sondern das Vermögen einer Familie (im engeren Sinne) dargestellt. Die Zahl der Personen, denen privatrechtlich ein bestimmtes Vermögen gehört, ist daher nicht festzustellen. Sie ist jedenfalls höher als die Zahl der Steuerpflichtigen.

Aus der Zahl der Freibeträge läßt sich ungefähr auf die durchschnittliche Familiengröße der Vermögensteuerpflichtigen schließen. Neben den 20 418 Steuerpflichtigen, die gleichzeitig die Zahl der zur Vermögensteuer veranlag-

ten Haushalte darstellen, waren nach den gewährten Freibeträgen noch 12 150 Ehefrauen und 12 263 Kinder vorhanden. Die Haushalte der Steuerpflichtigen hatten zusammen also 44 831 Personen, so daß im Schnitt der vermögenssteuerpflichtige Haushalt 2,2 Personen umfaßte. In 12 150 Haushaltungen, das sind 60% der überhaupt zur Vermögensteuer herangezogenen Haushalte, bestand der Haushalt mindestens aus Ehemann und Ehefrau.

Vergleicht man die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Haushalte mit der Gesamtzahl aller Haushalte in Schleswig-Holstein⁴, dann war nur bei knapp 3% aller Haushalte das Vermögen so groß, daß es steuerlich relevant wurde. Bei Steuerpflichtigen, die keine weiteren Freibeträge absetzen konnten und für die nicht die Freigrenze von 6 000 DM (nach § 67 Abs. I Ziff. 2 und Abs. II Bew.Ges.) zutraf, beginnt die Steuerpflicht nämlich erst bei einem Gesamtvermögen (Reinvermögen) ab 11 000 DM. Das Reinvermögen muß erheblich höher sein, wenn ein Steuerpflichtiger weitere Freibeträge und außer Ansatz bleibende Vermögensteile nachweist (vergleiche auch Beispiel Seite 203).

Weiter muß sich der Leser ständig vor Augen halten, daß nach den Unterlagen der Vermögensbesteuerung nur ein Teil des gesamten privatwirtschaftlichen Vermögens, gewissermaßen die Spitze einer vorgestellten vollständigen Vermögenspyramide, dargestellt werden kann.

Tab. 3 Vermögensverteilung der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen

Vermögensgruppe in DM	1. 1. 1953				1. 1. 1957					
	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen		Steuerpflichtige		Gesamtvermögen		Frei- beträge	Steuer- schuld
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	in % des Gesamtvermögens	
unter 20 000	2 967	13,7	46	4,1	2 439	11,9	38	2,8	84,0	0,15
20 000 – 30 000	7 139	32,9	178	16,1	5 396	26,4	135	9,7	86,2	0,17
30 000 – 40 000	4 323	19,9	149	13,4	3 746	18,3	129	9,3	67,8	0,27
40 000 – 50 000	2 353	10,8	105	9,5	2 340	11,5	104	7,5	52,8	0,40
50 000 – 70 000	2 208	10,2	130	11,7	2 509	12,3	147	10,6	38,5	0,54
70 000 – 100 000	1 274	5,9	105	9,5	1 595	7,8	133	9,6	27,8	0,65
100 000 – 250 000	1 114	5,1	165	14,9	1 755	8,6	261	18,7	14,4	0,79
250 000 – 500 000	223	1,0	77	6,9	412	2,0	141	10,2	6,3	0,88
500 000 – 1 000 000	88	0,4	59	5,3	130	0,6	89	6,4	3,2	0,92
1 000 000 und mehr	37	0,2	96	8,6	96	0,5	213	15,3	1,1	0,94
Insgesamt	21 726	100	1 110	100	20 418	100	1 391	100	31,4	0,64

An der Spitze der Vermögenspyramide standen 96 Vermögensmillionäre, die zusammen 213 Mill. DM oder knapp ein Sechstel des überhaupt nachgewiesenen Reinvermögens von 1,4 Mrd. DM besaßen. Seit dem 1. 1. 1953 ist die Zahl der Millionenvermögen beinahe um das Dreifache gewachsen. Der größte Teil des Zuwachses dürfte durch den Aufstieg aus den unmittelbar darunterliegenden Vermögensgruppen zustande gekommen sein. Die Aufstiegsbewegung setzte sich bis herab zu Reinvermögen von 50 000 DM

fort: Diese Gruppen sind 1957 durchweg stärker besetzt als 1953; während es sich bei den Vermögen unter 50 000 DM genau umgekehrt verhält. 1953 entfielen auf diese zusammengefaßte Gruppe 77% des Vermögens, 1957 waren es nur noch 68%, oder anders ausgedrückt: 1957 war jedes dritte Vermögen größer als 50 000 DM.

4) Nach den Ergebnissen des Mikrozensus vom Oktober 1957, veröffentlicht in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 218 (Sept.), waren 766 000 Haushalte vorhanden. Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 2,9 Personen

4. Überwiegende Vermögensarten

Die Vermögensteuerunterlagen wurden nicht, wie sonst bei Steuerstatistiken üblich, in wirtschaftlicher Gliederung aufbereitet. Es liegt nur eine grobe Gliederung nach der überwiegen- den Vermögensart vor. Die Steuerpflichtigen mit überwiegend land- und forstwirtschaftlichem Vermögen können als repräsentativ für die mittleren und großen landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein angesehen werden. Rein forstwirtschaftliche Betriebe sind in Schleswig-Holstein selten. Bei den Steuerpflichtigen, die überwiegend Betriebsvermögen nachwiesen, handelt es sich um einen Ausschnitt der Einzelunternehmen in Schleswig-Holstein. Dieser Ausschnitt stellt aber nur, wie bereits bei landwirtschaftlichen Vermögen, die mittleren und großen Vermögen dar, während die zahlenmäßig stark vertretenen kleinen Unternehmen, da ihr Vermögen kaum die Besteuerungsgrenze überschritt, in der Vermögensteuerstatistik nicht enthalten sind. Die Haus- und Grundstücksbesitzer dürften in etwa mit den Steuerpflichtigen übereinstimmen, die vorwiegend Grundvermögen besaßen. Im überwiegend sonstigen Vermögen kommen jene Steuerpflichtigen zur Geltung, bei denen das Kapitalvermögen überwog. In allen Vermögensarten machte



das jeweils überwiegende Vermögen mindestens drei Viertel des überhaupt nachgewiesenen Rohvermögens aus. Der geringste Anteil anderer Vermögensarten war bei land- und forstwirtschaftlichen Vermögen festzustellen; hier entfielen 14% auf andere Vermögensarten als das Hauptvermögen. Beim Grundvermögen belief sich der entsprechende Anteil auf 25%.

Tab. 4 Das Rohvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen nach überwiegender Vermögensarten am 1.1.1957

Vermögensart	Überwiegende Vermögensart									
	land- und forstwirtschaftliches Vermögen		Grundvermögen		Betriebsvermögen		Sonstiges Vermögen		Zusammen	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	360	86	5	2	11	1	15	4	391	20
Grundvermögen	15	4	191	75	75	9	42	10	324	17
Betriebsvermögen	5	1	30	12	672	80	31	8	738	39
Sonstiges Vermögen	36	9	28	11	79	9	320	78	462	24
Zusammen	417	100	254	100	837	100	407	100	1 915	100
Schulden	186	45	88	35	182	22	67	17	524	27
Gesamtvermögen	230	55	166	65	655	78	340	83	1 391	73
Steuerpflichtiges Vermögen	114	x	84	x	486	x	274	x	958	x

Die Verschuldung weicht in den einzelnen Vermögensarten vom Gesamtdurchschnitt erheblich ab, am stärksten bei den land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, wo die Schulden mit 45% nahezu die Hälfte des Rohvermögens erreichten. Wie aber bereits ausgeführt, hat besonders in der Landwirtschaft und weitgehend auch beim Haus- und Grundbesitz die hier errechnete Schuldenquote wenig wirtschaftliche Aussagekraft. Diese Einschränkung ist beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen von besonderem Gewicht, da hier das zeitnah bewertete Betriebsvermögen nur ein Prozent und sonstige Vermögen neun Prozent des Rohvermögens betragen, während beim Grundvermögen diese beiden Vermögensarten knapp ein

Viertel des Rohvermögens ausmachten. Beim Betriebsvermögen sind die Verhältnisse etwa umgekehrt. Hier ist das unterbewertete landwirtschaftliche Vermögen nur mit einem Prozent und das ebenfalls unterbewertete Grundvermögen mit neun Prozent am Rohvermögen der überwiegen- den Vermögensart Betriebsvermögen beteiligt. Die Verschuldung des Betriebsvermögens, die gut ein Fünftel (22%) des Rohvermögens in Anspruch nahm, dürfte der tatsächlichen Verschuldungssituation erheblich näher kommen als das bei den vorhin dargestellten beiden Vermögensarten der Fall ist. Die geringste Verschuldung (17%) wiesen jene Steuerpflichtigen nach, die hauptsächlich Kapitalvermögen zu versteuern hatten.

Tab. 5 Unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen nach Vermögensgruppen und überwiegender Vermögensart

Vermögensgruppe in 1 000 DM	Steuerpflichtige mit überwiegendem							
	land- und forstwirtschaftlichen Vermögen		Grundvermögen		Betriebsvermögen		Sonstigen Vermögen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 20	599	11,4	842	20,4	548	7,3	450	12,8
20 - 30	1 843	35,0	1 324	32,1	1 567	20,9	662	18,8
30 - 40	1 174	22,3	745	18,0	1 370	18,3	457	13,0
40 - 50	627	11,9	387	9,4	943	12,6	383	10,9
50 - 70	541	10,3	416	10,1	1 074	14,3	478	13,6
70 - 100	268	5,1	213	5,2	750	10,0	364	10,3
100 - 250	166	3,2	178	4,3	889	11,8	522	14,8
250 - 500	34	0,6	19	0,5	242	3,2	117	3,3
500 - 1 000	5	0,1	3	0,1	74	1,0	48	1,4
1 000 und mehr	9	0,2	1	0,0	46	0,6	40	1,1
Insgesamt	5 266	100	4 128	100	7 503	100	3 521	100

Die Verteilung der nach dem überwiegenden Vermögen aufgegliederten Steuerpflichtigen auf die einzelnen Vermögensgruppen (siehe Tabelle 5) zeigt eine erstaunliche Übereinstimmung; überall war die Vermögensgruppe 20 000 DM bis unter 30 000 DM am häufigsten besetzt. Es ist aber durchaus möglich, daß diese Übereinstimmung mehr zufällig ist, da die unterschiedlichen Bewertungsmethoden einen derartigen Vergleich nur bedingt zulassen. Es ist wahrscheinlich, daß die Besetzung der Vermögensgruppen beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen und beim Grundvermögen erheblich anders aussehen würde, wenn auch diese Vermögensarten in der gleichen Weise wie das Betriebsvermögen und das sonstige Vermögen bewertet worden wären. Erstaunlich ist hier auch die Zahl von 40 Vermögen, die die Millionengrenze überschritten. Beim Betriebsvermögen, das mit einem reichlich doppelt so hohen Betrag und mit mehr als doppelt so viel Steuerpflichtigen als das sonstige Vermögen nachgewiesen wurde, waren es nur 46 Steuerpflichtige, deren Betriebsvermögen über eine Million DM lag.

B. Nicht natürliche Personen (Körperschaften)

1. a) Unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften

Das Gesamtvermögen einer Körperschaft wird ohne Rücksicht auf die Zuordnung zu den einzelnen Vermögensarten als Betriebsvermögen angesehen und stellt somit Reinvermögen dar. Vom Betriebsvermögen werden nur noch die mit dem Lastenausgleich in Verbindung stehende Vermögensabgabe (Zeitwert) und zutreffendenfalls rückständige Leistungen auf die Vermögensabgabe abgezogen. Das dann verbleibende Gesamtvermögen ist in fiskalischer Hinsicht dem Gesamtvermögen der natürlichen Personen gleichzustellen. Freibeträge werden den Kör-

perschaften nicht gewährt. Im Gegensatz zu der Vermögensfeststellung bei den natürlichen Personen wird für die Kapitalgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen ein Mindestvermögen zugrunde gelegt, so daß auch in Fällen der Überschuldung eine Vermögenssteuerpflicht entsteht.

Das Betriebsvermögen der 1 440 steuerpflichtigen Körperschaften belief sich am 1. 1. 1957 auf 611 Mill. DM. Es war damit um knapp 200 Mill. DM größer als am 1. 1. 1953. Bei einer nur um 45 geringeren Zahl von Körperschaften hat sich somit das durchschnittliche Betriebsvermögen um gut 50% erhöht! Vom Gesamtvermögen waren 79 Mill. DM für die Vermögensabgabe (Zeitwert) und 8 Mill. DM für rückständige Vermögensabgaben in Abzug zu bringen. Etwas mehr als jeder dritte Steuerpflichtige war mit diesen Lastenausgleichsabgaben belastet. Unter Berücksichtigung von 144 Mindestbesteuerungsfällen ergab sich ein steuerpflichtiges Vermögen von 535 Mill. DM, das waren ebenfalls etwa 200 Mill. DM mehr als am vorhergehenden Hauptfeststellungszeitpunkt. Knapp ein Fünftel dieses steuerpflichtigen Vermögens wurde nur mit 0,75% besteuert, in dieser Höhe bestand also eine Vermögensabgabeschuld nach der Lastenausgleichsgesetzgebung. Etwa gleichlaufend mit der Vermögensvermehrung stieg auch die festgesetzte Steuerschuld, und zwar um knapp 2 Mill. DM auf 5,1 Mill. DM.

b) Beschränkt steuerpflichtige Körperschaften

Ausländische Körperschaften unterliegen nur mit ihrem inländischen Vermögen der Besteuerung. Es wurden 13 Körperschaften mit 722 000 DM Gesamtvermögen und 240 000 DM Schulden festgestellt; die veranlagte Steuerschuld belief sich auf 4 000 DM. Der Anteil ausländischer Körperschaften am Vermögen, den Schulden und der Steuerschuld war somit ohne Bedeutung.

2. Vermögensschichtung

Die Verteilung des Vermögens ist noch stärker als bei den natürlichen Personen durch das Übergewicht der wenigen, aber um so größeren Vermögen gekennzeichnet:

24 Körperschaften mit jeweils mehr als 5 Mill. DM Vermögen teilten sich in fast die Hälfte (297 Mill. DM) des Gesamtvermögens aller Körperschaften, während knapp die Hälfte der Körperschaften (659) mit jeweils weniger als 30 000 DM Vermögen nur etwa 2% des Gesamtvermögens nachwiesen. Die schon für die natürlichen Personen festgestellte Aufstiegsbewegung der Vermögen ist auch bei den Körperschaften erkennbar. Sie ist hier noch deutlicher ausgeprägt, denn nur in der untersten Gruppe (unter 20 000 DM) ist die Zahl der Steuerpflichtigen 1957 geringer als 1953, während in allen

Tab. 6 Steuerbelastete unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften nach Vermögensgruppen
– einschließlich der Mindestbesteuerungsfälle –

Vermögensgruppe in DM	1. 1. 1953				1. 1. 1957			
	Steuerpflichtige	Abgerundetes Betriebsvermögen	Steuerpflichtiges Vermögen	Jahressteuerschuld	Steuerpflichtige	Abgerundetes Betriebsvermögen	Steuerpflichtiges Vermögen	Jahressteuerschuld
unter 20 000	536	7 489	4 746	44	301	4 879	3 248	30
20 000 – 30 000	290	5 188	6 285	61	358	6 298	7 882	78
30 000 – 40 000	77	3 187	2 594	24	104	4 009	3 552	34
40 000 – 50 000	55	3 230	2 438	22	71	3 726	3 134	30
50 000 – 70 000	88	6 045	5 038	47	91	5 785	5 178	49
70 000 – 100 000	79	8 465	6 392	59	87	8 601	7 407	70
100 000 – 250 000	160	29 997	24 132	224	176	33 469	28 518	271
250 000 – 500 000	86	37 294	29 716	277	99	39 491	35 463	341
500 000 – 1 Mill.	54	47 534	38 406	354	59	46 056	41 120	394
1 Mill. – 2,5 "	42	84 475	65 533	610	52	93 547	79 300	745
2,5 " – 5 "	6	22 607	21 315	209	18	68 221	63 111	614
5 " – 10 "	5	37 428	29 484	270	16	122 446	106 628	1 011
10 Mill. und mehr	7	124 239	101 288	947	8	174 872	150 261	1 426
Insgesamt	1 485	417 178	337 367	3 147	1 440	611 400	534 802	5 093

anderen Gruppen mehr Steuerpflichtige mit zum Teil erheblich höheren Vermögensbeträgen als 1953 vorhanden waren. Die Millionenvermögen haben auch bei den Körperschaften weit überdurchschnittlich zugenommen; 94 Körperschaften wiesen Vermögen von einer Mill. DM und darüber auf (am 1. 1. 1953 waren es nur 60 Körperschaften gewesen), ihr Anteil am Gesamtvermögen belief sich auf 75% (1953: 64%).

3. Rechtsformen

Die meisten Körperschaften wurden in der Rechtsform einer Gesellschaft mbH geführt. Am Gesamtvermögen waren sie mit 239 Mill.

DM oder gut einem Drittel beteiligt. Die zahlenmäßig gering vertretenen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergrechtlichen Gewerkschaften, die ihr Vermögen um knapp 100 Mill. DM auf 281 Mill. DM gegenüber 1953 steigern konnten, hatten nach wie vor den größten Anteil am Gesamtvermögen. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, deren Zahl leicht rückläufig war, hatten hinsichtlich des Anteils am Vermögen einen weiten Abstand von den vorgenannten Gesellschaftsarten. Mit knapp 45 Mill. DM Gesamtvermögen erreichten sie noch keine 10% des Vermögens der Körperschaften, obwohl fast jede dritte Körperschaft eine Genossenschaft war.

Tab. 7 Steuerbelastete unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften nach Rechtsformen
– einschließlich der Mindestbesteuerungsfälle –

Rechtsform	1. 1. 1953				1. 1. 1957			
	Steuerpflichtige	Abgerundetes Betriebsvermögen	Steuerpflichtiges Vermögen	Jahressteuerschuld	Steuerpflichtige	Abgerundetes Betriebsvermögen	Steuerpflichtiges Vermögen	Jahressteuerschuld
AG, KGaA, Bergrechtliche Gewerkschaften	72	189 437	145 611	1 326	71	281 303	232 827	2 173
GmbH	809	166 922	137 991	1 307	813	238 826	216 065	2 080
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	425	29 676	25 072	237	407	44 567	40 135	387
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	24	1 243	1 243	12	13	1 188	1 188	12
Kreditanstalten des öffentl. Rechts	48	19 962	19 932	199	53	36 947	36 947	369
Sonstige juristische Personen des privaten Rechts (§ 56 Abs. 1 Ziff. 4 u. 5 BewG)	107	9 938	7 518	66	83	8 569	7 640	72
Insgesamt	1 485	417 178	337 367	3 147	1 440	611 400	534 802	5 093

Das Vermögen der Kreditanstalten des öffentlichen Rechts nahm besonders kräftig zu, und zwar von 20 Mill. DM auf 37 Mill. DM. Die Zahl der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts war 1957 geringer als 1953,

auch ihr steuerlich festgestelltes Vermögen hat in diesem Zeitraum abgenommen.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Das steuerpflichtige Vermögen in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 11 (Januar)

Wie wird sich die Zahl der Straßenverkehrsunfälle entwickeln?

Wenn der für die Vergangenheit festgestellte Zusammenhang zwischen Kraftfahrzeugbestand und Straßenverkehrsunfällen auch für die nächste Zukunft fortbestehen wird, dann muß für 1965 mit rund 16 000 und für 1970 mit rund 19 000 Kraftfahrzeugunfällen mit Personenschaden gerechnet werden. 1959 ereigneten sich 12 196 Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen.

Eine schlüssige Antwort auf die Frage, wie sich die Zahl der Straßenverkehrsunfälle in den kommenden Jahren entwickeln wird, kann wohl niemand geben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Unfallgeschehen von dem Zusammenspiel vieler Faktoren abhängt. Zum Kreis dieser Faktoren gehört ohne Zweifel die rasche Zunahme der Zahl der Kraftfahrzeuge. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, wie die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle von der Veränderung des Kraftfahrzeugbestandes abhängt und wie sich beide Größen vermutlich entwickeln werden. Daß eine derart einseitige Betrachtung nicht ganz wirklichkeitsgerecht ist und ihre Schwächen hat, ist bekannt.

Vom Kraftfahrt-Bundesamt wurden für Anfang Juli 1952 in Schleswig-Holstein rund 99 000 und für Juli 1959 rund 235 000 Kraftfahrzeuge registriert. Diese Bestandszahlen umfassen nur Personenkraftwagen, Lastkraftwagen, Omnibusse und Krafträder. Der Anteil der einzelnen Fahrzeugarten an dem Gesamtbestand verschob sich zwischen 1952 und 1959 erheblich. 1952 waren 34% der Kraftwagen Personenkraftwagen, 24% Lastkraftwagen und 41% Krafträder; für 1959 wurden 60% Personenkraftwagen, 13% Lastkraftwagen und 27% Krafträder festgestellt. Der Anteil der Omnibusse betrug in den beiden Jahren nur 0,8% und 0,5%. Der Anteil der Personenkraftwagen erhöhte sich im Beobachtungszeitraum somit auf Kosten der Anteile der anderen Fahrzeugarten. Diese Tatsache ist nicht ohne Bedeutung, weil die Fahrleistungen der einzelnen Kraftfahrzeugarten recht unterschiedlich sind. Die Wahrscheinlichkeit, an einem Verkehrsunfall beteiligt zu sein, ist für eine Fahrzeugart mit hoher Jahreskilometerleistung größer als für eine Fahrzeugart, die nur wenig am Verkehr beteiligt ist (die Frage, ob eine Fahrzeugart "unfallanfälliger" ist als eine andere, bleibt hier ausgeklammert).

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung¹ hat u. a. für das Jahr 1958 die durchschnittliche Fahrleistung für die einzelnen Fahrzeugarten im Bundesgebiet ermittelt. Nach dieser Darstellung fuhr ein Personenkraftwagen 1958 durchschnittlich 28 000 km; der Lastkraftwagen kam auf 33 000 km, der

Omnibus auf 43 000 km und das Kraftrad auf 8 000 km Jahresleistung. Da für Schleswig-Holstein keine anderen Leistungsangaben vorliegen, wurden die vorstehenden Werte eingesetzt. Mit ihrer Hilfe wurde ein "gewogener Kraftfahrzeugbestand" für die Jahre 1952 bis 1959 errechnet.

Tab. 1 Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und der Straßenverkehrsunfälle in Schleswig-Holstein 1952 bis 1959

Jahr	Kraftfahrzeuge ¹ am 1. Juli	Gewogener Kraftfahrzeugbestand ²	Straßenverkehrsunfälle	darunter mit Personenschaden
	in 1 000			
1952	99	76	13,5	6,6
1953	122	92	16,9	8,4
1954	149	111	17,9	8,8
1955	165	122	20,7	9,9
1956	178	133	22,8	10,3
1957	196	151	26,3	10,5
1958	213	171	30,2	11,0
1959	235	197	33,0	12,2

1) Erfasst sind: Personenkraftwagen (einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen), Lastkraftwagen (einschl. Sonderfahrzeuge und Kraftstoffkesselwagen), Omnibusse und Krafträder 2) Als Gewicht wurde die durchschnittliche Jahreskilometerleistung der einzelnen Fahrzeugarten eingesetzt. Das Gewicht für die Personenkraftwagen wurde dann mit 1 bewertet und die Jahreskilometerleistungen der anderen Fahrzeugarten entsprechend umgerechnet

Bei dieser Berechnung wurden zwei Mängel in Kauf genommen: die Durchschnittswerte für die Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge im Bundesgebiet werden nicht genau für Schleswig-Holstein zutreffen; außerdem werden diese Werte nicht für alle hier angeführten Jahre gleich hoch sein. So hat das genannte Forschungsinstitut z. B. feststellen können, daß die durchschnittliche jährliche Fahrleistung eines in Nordrhein-Westfalen registrierten Personenkraftwagens 1952 und 1958 um rund 1 000 km über dem Bundesdurchschnitt lag. Ferner betrug die durchschnittliche Fahrleistung eines Personenkraftwagens im Bundesgebiet 1952 25 000 km und 1958 28 000 km. Für die Jahre 1953 bis 1957 wurden vom Forschungsinstitut keine Werte angegeben.

Soweit die Aussagen über den Kraftfahrzeugbestand, und jetzt einige Worte zu der Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle. Die Zahl dieser Unfälle hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Für das Jahr 1952 wurden rund 13 500 Straßenverkehrsunfälle gezählt. Darunter waren 6 600 mit Personenschaden und 6 900 mit nur Sachschaden. Die jährliche Unfallzahl war bis 1959 auf 33 000 geklettert. Auf Unfälle mit Personenschaden entfielen davon 12 200. Damit kamen 1952 bei 49% der Unfälle Personen zu Schaden, 1959 jedoch nur 37%. Diese Veränderung hängt u. a. damit zusammen, daß die zunehmende Verkehrsdichte besonders in den Städten die Geschwindigkeit senkt und verhindert, daß Unfälle zu Personenschäden führen².

1) siehe: Straßenkapazität und Verkehrsvolumen, Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, Juli 1959, S. 154

2) siehe: Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1958, Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 318 (Dezember)

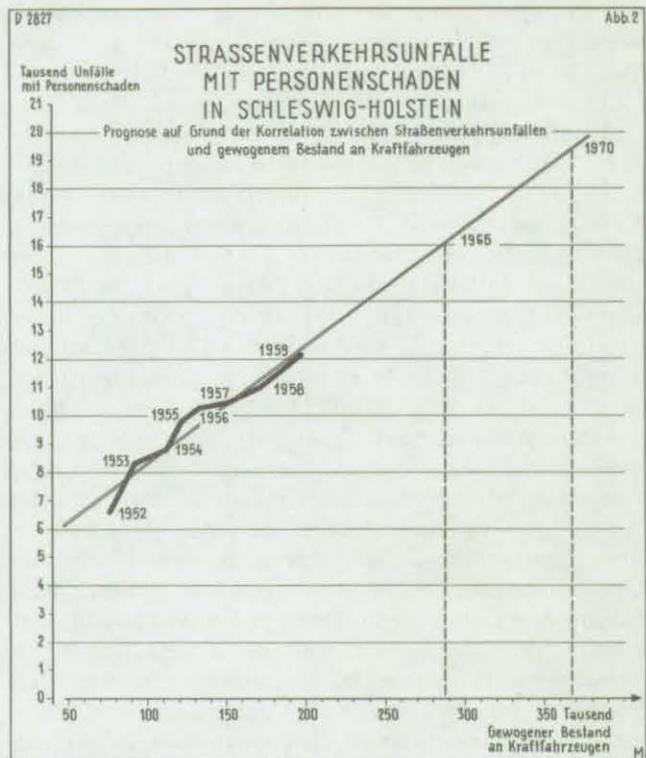
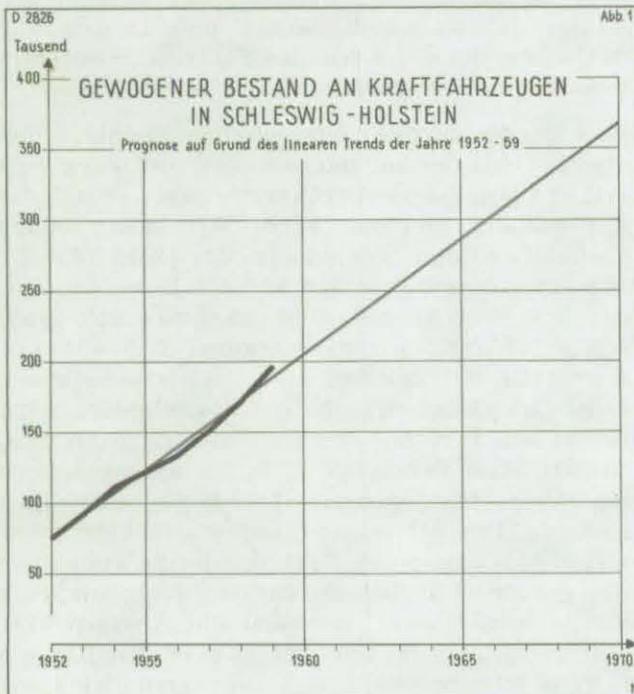
In die weitere Betrachtung werden nur Unfälle mit Personenschaden einbezogen.

Um die Intensität des Zusammenhangs zwischen den hier interessierenden Größen feststellen zu können, wurde aus den jährlichen prozentualen Wachstumsraten des gewogenen Kraftfahrzeugbestandes und der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ein Verhältnis gebildet. Diese Relation der relativen Änderungen entspricht dem aus der Wirtschaftstheorie bekannten Elastizitätskoeffizienten. Der Koeffizient sagt aus, daß z. B. für 1958/59 bei einer Zunahme des gewogenen Kraftfahrzeugbestandes um 1% die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden um 0,7% zunahm. Ein Blick auf die für die Jahre 1953 bis 1959 errechneten Koeffizienten zeigt, daß die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle - wie schon angedeutet wurde - nicht nur von der Veränderung des Kraftfahrzeugbestandes und damit letztlich von der Verkehrsdichte abhängt, sondern auch durch andere Faktoren bestimmt wird. Eine

Tab. 2 Elastizitätskoeffizienten für Kraftfahrzeugbestand und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Gewogener Kraftfahrzeugbestand ¹	Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden	Elastizitätskoeffizient ²
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
1953	+ 21,0	+ 27,0	1,3
1954	+ 21,2	+ 5,2	0,2
1955	+ 10,1	+ 12,2	1,2
1956	+ 8,9	+ 4,5	0,5
1957	+ 13,1	+ 1,5	0,1
1958	+ 13,5	+ 5,1	0,4
1959	+ 15,2	+ 10,8	0,7

- 1) siehe Fußnoten 1 und 2 unter Tabelle 1
 2) = $\frac{\text{Wachsen der Unfälle mit Personenschaden in \%}}{\text{Wachsen des gewogenen Kraftfahrzeugbestandes in \%}}$



3) siehe: Wieviel Personenkraftwagen wird es voraussichtlich 1967 in Schleswig-Holstein geben? Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 312 - 316 (Dezember)

das Sozialprodukt in den kommenden Jahren entwickeln wird. Für die hier vorliegende Untersuchung soll es daher genügen, den gewogenen Kraftfahrzeugbestand mit Hilfe einer einfachen Trendprognose linear in die Zukunft zu projizieren. Eine solche Berechnung ergibt, daß der gewogene Kraftfahrzeugbestand (nicht der tatsächliche!) 1965 um 46% und 1970 um 87% höher sein wird als 1959. Das sind Werte, die durchaus im Bereich des Möglichen liegen. Unter Berücksichtigung eines Elastizitätskoeffizienten von 0,6 wird es dann 1965 15 700 und 1970 18 900 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Schleswig-Holstein geben. Auch in einer zweiten Berechnung mit Hilfe von Korrelationskoeffizienten und Regressionsgleichungen wurde unterstellt, daß sich für den vorliegenden kurzen Zeitraum die bestehende Abhängigkeit zwischen Kraftfahrzeugbestand und Unfällen mit hinreichender Genauigkeit durch lineare Funktionen beschreiben läßt. Eine

Prognose auf der Basis einer Regressionsanalyse ergibt, daß für 1965 16 100 und für 1970 19 400 Unfälle mit Personenschaden zu erwarten sind.

Es ist selbstverständlich, daß bei allen Bemühungen, einen Blick in die Zukunft zu tun, nicht vergessen werden darf, daß zuviel Unberechenbares und Unvorhergesehenes diese Zukunft mitbestimmen wird. Dennoch darf es als recht sicher angesehen werden, daß die Zahl der Kraftfahrzeuge auch weiter ansteigen wird. In diesem Zusammenhang ist es nicht abwegig, für 1965 mit rund 16 000 und für 1970 mit rund 19 000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden in Schleswig-Holstein zu rechnen. Wenn hier auch nichts über die Schwere dieser Unfälle ausgesagt werden kann, so ist doch bei allen diesen Unfällen das Leben von Menschen in Gefahr. Grund genug, um sich über diese Entwicklungstendenzen Gedanken zu machen.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Die Wirtschaftsergebnisse landwirtschaftlicher Betriebe im WJ 1958/59

- Von Landw.-Direktor Dr. Wittern, Kiel -

Von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein werden alljährlich die Buchführungsabschlüsse von etwa 800 landwirtschaftlichen Betrieben Schleswig-Holsteins betriebsstatistisch ausgewertet und in den "Wirtschaftsergebnissen von bäuerlichen und Gutsbetrieben" veröffentlicht. Durch die Umrechnung der Betriebsergebnisse auf 1 ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden die Abschlüsse von Betrieben verschiedener Größe untereinander für Zwecke der Wirtschaftsberatung vergleichbar gemacht. Die Einzelbetriebe sind nach Landschaften und Größenklassen angeordnet, so daß jeweils in ihren Produktionsbedingungen ähnliche Betriebe miteinander und mit den Durchschnitten der jeweiligen Gruppen verglichen werden. Es werden Durchschnittsergebnisse für die Wirtschaftsgebiete Ostküste, Mittelrücken und Westküste, für die Größenklassen sowie für Schleswig-Holstein insgesamt errechnet. Bei der Durchschnittsberechnung für das Land Schleswig-Holstein erfolgt eine Wiegung nach dem Anteil, den die Betriebe in den Landschaften und hier in den einzelnen Größenklassen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes einnehmen. Es wird also seit vielen Jahren der im ganzen als gelungen zu bezeichnende Versuch gemacht, ein für das ganze Land und zwar für die Betriebe über 20 ha repräsentatives Ergebnis der landwirtschaftlichen Buchführungen herzustellen.

Da von den Betrieben über 20 ha 72% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaftet wer-

den, sind diese Ergebnisse auch weitgehend repräsentativ für die ganze Landwirtschaft unseres Landes. Dies wird besonders deutlich beim Vergleich bestimmter Daten der Buchführungsstatistik mit den entsprechenden Daten der amtlichen Agrarstatistik, die sich auf alle Betriebe des Landes beziehen, z. B. über das Grünlandverhältnis, den Getreideanbau, Milchkuhbesatz, Getreideerträge je ha und Milch-erträge je Kuh. - Die Ergebnisse der Betriebe über 20 ha in Schleswig-Holstein sind in den letzten Jahren auszugsweise auch in den Statistischen Jahrbüchern für Schleswig-Holstein bekanntgegeben worden.

Eine Darstellung der Wirtschaftsergebnisse des Jahres 1958/59 ist nur sinnvoll im Vergleich mit den Ergebnissen früherer Jahre, so daß die Entwicklung sichtbar wird. Wir haben daher nachstehend dem Wirtschaftsjahr (WJ) 1958/59 das vorhergegangene WJ und die Durchschnitte der WJ 1951/52 bis 1954/55 (kurz: 1951/55) sowie 1955/56 bis 1958/59 (kurz: 1955/59) vorangestellt. Wir können also die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins im letzten Jahr mit der Zeit vor und nach dem Grünen Plan vergleichen. In all diesen Jahren lag der Getreidepreis auf dem gegenwärtigen Niveau. Die Schweinepreise schwankten zwar mit dem sogenannten Zyklus, hielten sich aber im ganzen auf der durch den Getreidepreis festgelegten Linie, während die Rinderpreise der zunehmenden Nachfrage nach Rindfleisch folgend eine recht ständige Aufwärtsentwicklung

erfahren und die Milchpreise nach einem Rückgang bis 1953/54 in den folgenden Jahren, insbesondere unter dem Einfluß der Milchförderung des Grünen Planes, erheblich anstiegen, im WJ 1958/59 aber wieder etwas absanken.

Den nachstehend aufgeführten Wirtschaftsergebnissen liegen die Buchführungsabschlüsse folgender Betriebe zugrunde:

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Zahl der Betriebe	762	753	741	747
Durchschnittliche Betriebsgröße in ha	47,2	47,6	47,7	48,1
Durchschnittlicher Einreihungswert in DM je ha dasselbe im Landesdurchschnitt ¹	1 317	1 317	1 317	1 316
	1 169	1 169	1 169	1 169

Der größte Teil - etwa 70% - der Betriebe berichtet seit 1951 fortlaufend in der Betriebsstatistik, so daß die Vergleichbarkeit der Jahresergebnisse durch Zufälle bei einem Wechsel von Betrieben kaum beeinträchtigt wird. Allerdings ist der Einreihungswert, also der Ertragswert im Durchschnitt der buchführenden Betriebe um etwa 150 DM/ha besser als im Landesdurchschnitt, hauptsächlich verursacht dadurch, daß auf den besseren Böden ein größerer Teil der Betriebe buchführungspflichtig ist als auf den leichteren Böden und daß dieser systematische Auswahlfehler auch durch die Wiegung nicht ausgeschaltet werden kann.

Tab. 1 Der Viehbesatz

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Großvieheinheiten je 100 ha LN				
Rinder	73,0	73,6	72,8	75,3
Milchkühe	37,3	34,8	34,3	34,8
Schweine	7,5	9,3	9,6	9,9

Der Rindviehbestand hat im letzten Jahr erheblich zugenommen. Diese Zunahme liegt aber hauptsächlich im männlichen Nachwuchs, d. h. in der Ausdehnung der Kälber- und Bullenmast. Unter dem Einfluß der Tbc-Sanierung und unbefriedigender Milchpreise wurde der Milchkuhbestand im zweiten Zeitabschnitt um etwa 10% vermindert; nach Abschluß der Sanierung steigt der Kuhbestand jetzt wieder an. Die Schweinebestände sind mit der regelmäßigen Zunahme im Fleischverbrauch fortlaufend gestiegen. Die allgemeinen Viehzählungen zeigen die gleichen Entwicklungstendenzen.

Tab. 2 Zug- und Arbeitskräfte

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
je 100 ha LN				
Zugpferde	8,4	5,6	5,2	4,6
Schlepper-PS	39	62	65	71
Familienarbeitskräfte	5,1	4,8	4,7	4,6
Lohnarbeitskräfte	10,1	7,9	7,6	7,1
Alle Arbeitskräfte	15,2	12,7	12,3	11,7

1) laut Hauptfeststellung der Einheitswerte nach dem Stand vom 1. 1. 1935

In unserer Beobachtungszeit ist die Zahl der Zugpferde annähernd halbiert, die Schlepperkraft fast verdoppelt worden und wir sehen, daß diese Entwicklung offenbar noch nicht zum Abschluß gekommen ist, denn noch im letzten Jahr sind wiederum 0,6 Pferde durch 6 Schlepper-PS auf 100 ha LN ersetzt worden. Die Einführung der motorischen Zugkraft ist aber auch die Hauptursache gewesen für den Abbau von menschlichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft, der sich keineswegs auf die Lohnarbeitskräfte beschränkte. Der Rückgang trat aber in den größeren Betrieben, die der Rationalisierung am zugänglichsten sind, am stärksten auf.

Das Acker/Grünlandverhältnis stimmt im Durchschnitt der buchführenden Betriebe mit 60% Ackeranteil an der LN mit den übrigen Betrieben Schleswig-Holsteins überein.

Tab. 3 Anbauverhältnis auf dem Ackerland

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
% der Ackerfläche				
Roggen	16,5	17,0	16,6	16,5
Weizen	11,0	12,5	13,1	14,4
Futtergetreide	30,0	31,2	30,3	30,9
Getreide insgesamt	57,5	60,7	60,0	61,8
Kartoffeln	8,5	7,5	7,5	5,7
Zuckerrüben	2,2	2,4	2,4	3,0

Ebenso wie in allen Betrieben steigt der Anteil des Getreides an der Ackerfläche, und zwar hauptsächlich verursacht durch die starke Ausdehnung des Weizenanbaus, während der Roggenanbau eingeschränkt wird. Im Hackfruchtbau geht der Kartoffelanbau zurück, während der Zuckerrübenanbau beträchtlich zunimmt, die Flächenverluste bei Kartoffeln aber bei weitem nicht aufwiegen kann.

Tab. 4 Getreide- und Milcherträge

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Getreide dz/ha				
ausgewählte "buchführende Betriebe"	28,3	30,1	32,4	27,1
alle Betriebe	26,8	28,4	30,1	25,8
Milchertrag kg je Kuh				
ausgewählte "buchführende Betriebe"	3 707	3 878	3 975	3 970
alle Betriebe	3 568	3 860	3 962	3 997

Während die Milcherträge je Kuh in den ausgewählten buchführenden Betrieben, abgesehen von dem ersten Zeitabschnitt, fast vollkommen mit denen der übrigen Betriebe übereinstimmen, liegen die Getreideerträge um etwa 1,5 dz höher. Nun sind die ha-Erträge natürlich weitgehend abhängig von der jeweiligen Bodengüte. Nach einer Spezialuntersuchung über den Einfluß der Bodengüte steigen im Bereich der Einreihungswerte von 800 bis 1 600 DM die ha-Erträge mit einer Steigerung um jeweils 100 DM Einreihungswert je ha um 1 dz je ha an. Da im Durchschnitt aber der Einreihungswert der

buchführenden Betriebe, wie wir eingangs gesehen haben, um etwa 150 DM je ha über dem Landesdurchschnitt liegt, sind hier die etwas höheren Getreideerträge zu erwarten.

Tab. 5 Erzielte Durchschnittspreise

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Getreide in DM je dz	39,9	38,7	38,8	39,1
Milch in Dpf je kg	24,5	31,4	34,2	32,6

Die Getreidepreise der Jahre 1951/52 bis 1954/55 sind in den späteren Jahren nicht wieder erreicht worden, obwohl das Festpreinsniveau seitdem nicht verändert wurde. Es ist dies eine Folge des in den späteren Jahren immer allgemeiner angewendeten und verfeinerten Abzugssystems für Feuchtigkeit, Auswuchs, Besatz usw. Tatsächlich sind die dadurch eingetretenen Abzüge noch größer als in den Zahlen zum Ausdruck kommt. Denn der Weizenanteil, also der Anteil des am höchsten bewerteten Getreides, ist, wie sich aus der Anbauflächenentwicklung (Tab. 3) ergibt, in den letzten Jahren fortwährend gestiegen, so daß sich bei gleichbleibender Bewertung je dz ein steigender Durchschnittsgetreidepreis hätte ergeben müssen. - Eine bedeutende Steigerung hat der Milchpreis erfahren, einerseits durch die Milchförderungsprämie des Grünen Planes in Höhe von etwa 3 Pf je kg, aber auch durch eine bessere Marktverwertung, wie man aus dem Vergleich des Milchpreises zu Beginn unserer Beobachtungszeit mit den späteren Milchpreisen erkennen kann.

Tab. 6 Wirtschaftseinnahmen aus Bodenerzeugnissen

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Bodenerzeugnisse insgesamt	318	392	434	386
darunter				
Getreide u. Hülsenfrüchte	181	225	258	212
Ölfrüchte	18	27	41	23
Kartoffeln	51	48	43	44
Zuckerrüben	24	43	44	55

Nicht besonders genannt sind die Einnahmen aus sonstigen Bodenerzeugnissen wie Feldgemüse, Heu- und Strohverkäufe. Die verhältnismäßig niedrigen Getreideeinnahmen im WJ 1958/59 sind hauptsächlich eine Folge der schlechten Getreideernte dieses Jahres insbesondere auf den guten Böden, die sich schon im Getreideertrag dieses Jahres erkennen ließ. Auch die Kartoffelerträge des Jahres 1958/59 waren sehr niedrig. Sie konnten aber durch eine bessere Preisgestaltung wieder ausgeglichen werden.

Die verhältnismäßig geringen Einnahmen aus Pferden und Geflügel sind nicht gesondert aufgeführt. In den Wirtschaftseinnahmen insgesamt sind außer Bodenerzeugnissen, Vieh und Vieherzeugnissen auch Nebeneinnahmen aus

Tab. 7 Wirtschaftseinnahmen aus Vieh und Vieherzeugnissen

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Vieh und Vieherzeugnisse zus.	786	1 041	1 066	1 185
darunter				
Rinder	190	283	284	338
Milch	309	388	424	417
Schweine	237	336	325	391
Bare Wirtschaftseinnahmen insgesamt	1 094	1 452	1 521	1 594

Vermietung von Maschinen sowie aus Verkauf alter Maschinen u. ä. enthalten.

Die erhebliche Steigerung der Rindereinnahmen ist nur zum Teil auf die Preissteigerung, vornehmlich aber auf einen Mehrverkauf an Rindern zurückzuführen; u. a. ist sie auch eine Folge der in den letzten Jahren durchgeführten Tbc-Sanierung, die aber auch einen entsprechenden Anstieg der Viehzukäufe verursachte. Die Zunahme der Milch- und Schweineeinnahmen ergibt sich aus der vorher behandelten Entwicklung der Bestände, Leistungen und Preise, wobei der Rückgang der Milcheinnahmen im Wirtschaftsjahr 1958/59 trotz Erhöhung der Kuhbestände und Steigerung ihrer Leistungen allein auf das Absinken des Milchpreises von 34,2 auf 32,6 Dpf zurückzuführen ist.

Mit der Zunahme der Wirtschaftseinnahmen sind natürlich auch die Wirtschaftsausgaben erheblich angestiegen.

Tab. 8 Ertragsteigernde Wirtschaftsausgaben

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Saatgut	41	47	47	53
Düngemittel	108	118	122	126
Futtermittel	165	282	287	346
Viehzukauf	50	94	98	127

Es wurde wesentlich mehr Dünger verwendet als bei dem Ausgabenvergleich mit früheren Jahren zum Ausdruck kommt, weil der Düngemittelpreis durch die Maßnahmen des Grünen Planes um etwa 17% herabgesetzt wurde. Ohne die Düngemittelverbilligung hätte der Düngeraufwand im Jahre 1958/59 151 DM betragen. Auch der Futtermittelzukauf ist außerordentlich gestiegen, am stärksten im letzten Wirtschaftsjahr, und beträgt 1958/59 schon mehr als das Doppelte des Aufwandes im Mittel der WJ 1951/52 bis 1954/55. Zu dieser außerordentlichen Steigerung des Futtermittelzukaufs hat die zunehmende Tendenz der Verfütterung von sogenanntem Fertigfutter nicht nur im Kuh-, sondern auch im Schweinestall wesentlich beigetragen.

Trotz des starken Abbaus der Lohnarbeitskräfte ist der Barlohnaufwand erheblich angestiegen, während die sinkenden Ausgaben für Wirtschaftshaushalt - Beköstigung der im Haushalt verpflegten fremden Arbeitskräfte - den

Tab. 9 Wirtschaftsausgaben für Arbeit

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Barlohn und Sozialversicherung	185	231	246	254
Wirtschaftshauhalt	42	39	38	29
Maschinenunterhaltung	60	73	75	78
Maschinenmiete	12	19	22	22
Treibstoff und Öl, Strom, Brennstoffe	35	47	47	52

Abbau der Lohnarbeitskräfte erkennen läßt. Mit der zunehmenden Technisierung steigen die Maschinenunterhaltungskosten, ebenso die Ausgaben für Treibstoffe und elektrischen Strom. An den zunehmenden Ausgaben für Maschinenmiete erkennen wir den verstärkten Einsatz der Lohnunternehmer bei der Getreide- und Hackfruchternte.

Tab. 10 Feste Betriebsunkosten

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Gebäudeunterhaltung	41	46	46	46
Sonstige Betriebsausgaben	61	74	77	79
Betriebssteuern und Abgaben	50	41	38	38
Bare Wirtschaftsausgaben insgesamt	849	1 110	1 143	1 250

In den "sonstigen Betriebsausgaben" sind die Ausgaben für Sachversicherungen, Unkosten der Viehhaltung und allgemeine Wirtschaftskosten, wie Porto, Telefon u. ä. zusammengefaßt. Die Betriebssteuern sind durch den Fortfall der Umsatzsteuer seit 1956/57 merklich gesunken.

Tab. 11 Ausgaben für Investitionen

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Maschinen	76	109	130	127
Gebäude	23	37	42	49

Im Zuge der Technisierung sind die Ausgaben für die Anschaffung neuer Maschinen außerordentlich angewachsen, sie betragen heute 10% der Wirtschaftsausgaben. Aber auch die Ausgaben für Neubauten haben eine stark steigende Tendenz, ja, es hat den Anschein, daß die technische Ausrüstung sich jetzt zunehmend der Ausgestaltung der Gebäude zuwendet. Es mag aber auch sein, daß der Mehraufwand für Neubauten eng mit den im letzten hier behandelten Wirtschaftsjahr gegenüber früheren Jahren günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten zusammenhängt. - In der folgenden Reinertragsberechnung sind die Investitionsausgaben nur mit ihren jährlichen Abschreibungen enthalten. Dabei sind für Gebäude die steuerlichen Abschreibungen, für Maschinen eine jährliche Abschreibung von 10% angesetzt worden.

Tab. 12 Betriebsertrag, -aufwand und Reinertrag

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Bare Wirtschaftseinnahmen (Tab. 7)	1 094	1 452	1 521	1 594
Eigenverbrauch und Mietwert	44	41	40	38
Naturallohn	47	41	41	38
Inventarvermehrung	43	53	44	65
Betriebsertrag insgesamt	1 228	1 587	1 646	1 735
Bare Wirtschaftsausgaben (Tab. 10)	849	1 110	1 143	1 250
Abschreibungen	45	84	96	94
Lohnanspruch des Besitzers und seiner Familie	128	163	168	170
Naturallohn	47	41	41	38
Inventarverminderung	44	54	56	51
Betriebsaufwand insgesamt	1 113	1 452	1 504	1 603
Reinertrag	+ 115	+ 135	+ 142	+ 132

Zur Berechnung des Reinertrages müssen zu den baren Einnahmen und Ausgaben die unbaren Erträge und Aufwendungen hinzugerechnet werden, so daß sich der Betriebsertrag und der Betriebsaufwand ergeben, deren Differenz der Reinertrag ist. Er stellt den Überschuß eines schulden- und lastenfreien Betriebes dar, der nur mit fremden Arbeitskräften bewirtschaftet wird.

Zu den Einnahmen muß daher der Wert des Eigenverbrauchs des Betriebsinhabers und seiner Familie an landwirtschaftlichen Erzeugnissen hinzugerechnet werden, ferner der Naturallohn, d. h. die Deputatlöhne sowie der Mehrwert des Inventarbesatzes, während zu den baren Wirtschaftsausgaben die Abschreibungen von Gebäuden und Maschinen, der Lohnanspruch des Betriebsinhabers und seiner Familie, der Naturallohn und der Wert der Inventarverminderung hinzukommen. Der Lohnanspruch ist hierbei berechnet mit den Lohnsätzen, die für die familienfremden Arbeitskräfte gezahlt werden, während für den Betriebsinhaber ein Lohnanspruch je nach Einheitswert des Betriebes, im WJ 1958/59 z. B. von 4 000 DM (10 000 DM Einheitswert) bzw. 8 000 DM (100 000 DM Einheitswert) angesetzt wurde.

Gegenüber dem Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1951/52 bis 1954/55 ist der Reinertrag der schleswig-holsteinischen Betriebe in der folgenden 4-Jahresperiode um 20 DM je ha gestiegen. Die in den WJ 1955/56 bis 1958/59 zur Förderung der landwirtschaftlichen Ertragsverhältnisse aus dem Grünen Plan eingesetzten Mittel lagen aber beträchtlich darüber (vergleiche Tabelle 13).

Zieht man aus den Reinerträgen die Förderungen des Grünen Planes ab, so liegen die Reinerträge in den Jahren des Grünen Planes um 37 DM je ha niedriger als in den Jahren vor dem Grünen Plan. Im Durchschnitt dieser vier Jahre sind 57 DM je ha in die Landwirtschaft

Tab. 13 Die Förderungsmittel nach dem Grünen Plan

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
	DM je ha LN			
Milchförderung	-	25	44	38
Düngerverbilligung	-	24	26	25
Treibstoffverbilligung und sonstiges	-	8	9	9
Mittel des Grünen Planes zus.	-	57	79	72
Reinertrag tatsächlich	+ 115	+ 135	+ 142	+ 132
Reinertrag ohne Förderung des Grünen Planes	+ 115	+ 78	+ 63	+ 60

hineingeflossen. Davon sind also 37 DM je ha verbraucht worden, um die bisherigen Reinerträge aufrechtzuerhalten, und nur um 20 DM je ha konnten die Reinerträge ansteigen. Hierbei wird man berücksichtigen müssen, daß im WJ 1958/59 die einer nur mäßigen Getreideernte die naturalen Erträge recht ungünstig lagen.

Von entscheidender Bedeutung für die Ertragslage der Landwirtschaft ist natürlich die Entwicklung der Löhne in den hier behandelten acht Wirtschaftsjahren, denn die Lohnentwicklung in dieser Zeit fällt vollkommen aus dem Rahmen der sonstigen Preisentwicklung heraus. Gegenüber dem Mittel 1951/55 ist nämlich - bei einem Preisanstieg der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um nur 14% - der tarifliche Landarbeiterstundenlohn bis 1958/59 von 1,00 DM auf 1,46 DM = 46% angestiegen. Das hat zu einer erheblichen Verschiebung bei der Verteilung des Einkommens aus der Landarbeit zwischen den familieneigenen und den familienfremden Arbeitskräften geführt, wie sich aus nachstehenden Abrechnungen ergibt.

Tab. 14 Jahreslohn der familienfremden Arbeitskräfte

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Barlohn und Sozialversicherung DM/ha	185	231	246	254
Wirtschaftshaushalt (Beköstigung der Lohnarbeitskräfte) "	42	39	38	29
Naturallohn (Deputat) "	47	41	41	38
zusammen "	274	311	325	321
Beschäftigte Lohnarbeitskräfte je 100 ha demnach	10,1	7,9	7,6	7,1
Jahreslohn je Lohnarbeitskraft DM	2 710	3 950	4 280	4 520
dagegen Durchschnitt 1951/55 = 100	100	146	158	167

Der Gesamtlohn je familienfremde Arbeitskraft ist also von 1951/55 bis 1958/59 um 67%, d.h. erheblich über den Tariflohn hinaus, angestiegen.

Demgegenüber standen für den Betriebsinhaber und seine mithelfenden Familienangehörigen aus den Erträgen des Betriebes, die in Tabelle 15 angegebenen Beträge zur Verfügung.

Das Reineinkommen des Betriebsinhabers und seiner mithelfenden Familienangehörigen, zu

Tab. 15 Jahreseinkommen der familieneigenen Arbeitskräfte

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Betriebsertrag (siehe Tab. 12) DM/ha	1 228	1 587	1 646	1 735
abzüglich				
bare Wirtschaftsausgaben	849	1 110	1 143	1 250
Abschreibungen	45	84	96	94
Naturallohn	47	41	41	38
Inventarverminderung	44	54	56	51
zusammen	985	1 289	1 336	1 433
Verbleibt Roheinkommen	243	298	310	302
abzüglich Pacht, Zinsen, Altenteil	57	92	95	99
Reineinkommen des Betriebsinhabers und seiner mithelfenden Familienangehörigen	186	206	215	203
Beschäftigte Familienarbeitskräfte (s. Tab. 2) je 100 ha demnach	5,1	4,8	4,7	4,6
Einkommen je Familienarbeitskraft DM	3 650	4 290	4 570	4 410
dagegen Durchschnitt 1951/55 = 100	100	118	125	121

dessen Errechnung die tatsächlich gezahlten Altenteile, Pachten und Zinsen vom Roheinkommen abzusetzen sind, ist also seit 1951/55 nur um 20 - 25% gestiegen. Im Durchschnitt 1951/55 verdiente eine familienfremde Arbeitskraft 74%, im Durchschnitt 1955/59 aber 92% des Jahresverdienstes einer familieneigenen Arbeitskraft, und im Jahre 1958/59 waren es sogar 102%. Zu beachten ist, daß diese Verhältnisse zutreffen für den gewogenen Durchschnitt der schleswig-holsteinischen Betriebe über 20 ha, und daß sich in den Größenklassen selbst und noch mehr natürlich innerhalb der gleichen Größenklasse von Betrieb zu Betrieb eine ganz unterschiedliche Verteilung des Einkommens aus Landwirtschaft zwischen den familieneigenen und -fremden Arbeitskräften ergibt.

Wenn wir abschließend einen Blick auf die Entwicklung der Produktivität je Flächeneinheit und je Arbeitskraft richten, so muß bei der Beurteilung der Ergebnisse berücksichtigt werden, daß im Laufe unserer Beobachtungszeit die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im ganzen angestiegen sind. Es betrug:

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
die Erzeugungsleistung				
DM je ha LN	916	1 095	1 143	1 140
das Betriebseinkommen ²				
DM je ha LN	518	611	635	623
das Betriebseinkommen ²				
DM je Voll-AK	3 900	5 660	6 050	6 230
der Preisindex der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, 1938 = 100	190	212	218	216

Die Erzeugungsleistung setzt sich zusammen aus dem Betriebsertrag (Tab. 12) abzüglich Zukauf von Saatgut, Futtermitteln, Vieh, Inventarverminderung und geringfügiger nichtlandwirtschaftlicher Einnahmen z. B. aus Verkauf alter Maschinen; sie stellt also den Wert der

2) ohne Betriebssteuern

aus dem Boden selbst gewonnenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse dar einschl. des Veredelungsgewinns aus dem Zukauf von Futtermitteln. - Das Betriebseinkommen ergibt sich durch Abzug aller sächlichen Ausgaben vom Betriebsertrag, er stellt also den Gegenwert für die gesamte im Betrieb aufgewendete Arbeit dar. Das Betriebseinkommen ist hier bezogen worden auf die sogenannte Voll-Arbeitskraft; dazu gehören alle im Betrieb (ohne Privathaushalt) tätigen Arbeitskräfte nach Umrechnung der jugendlichen Personen unter 16 Jahren (0,5 AK) und der Personen über 65 (0,3 AK) auf eine Voll-Arbeitskraft (1,0 AK).

Schaltet man nun über den Preisindex der landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Einfluß der Preisentwicklung aus, so ergeben sich für die Entwicklung der Flächen- und Arbeitsproduktivität folgende Werte:

	1951/55	1955/59	1957/58	1958/59
Erzeugungsleistung ³ DM je ha	916	978	994	1 000
Flächenproduktivität	1951/55=100	100	108	109
Betriebseinkommen ³ DM je Voll-AK	3 900	5 053	5 261	5 465
Arbeitsproduktivität	1951/55=100	100	130	140

Unter dem Einfluß der Lohnentwicklung sind die Anstrengungen der Landwirtschaft also wesentlich stärker auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität gerichtet gewesen als auf die Steigerung der Flächenproduktivität. Der Zuwachs an Arbeitsproduktivität ist durch eine sehr erhebliche Einschränkung der je Flächeneinheit beschäftigten Arbeitskräfte erzielt worden, der technische Aufwand für den Ersatz dieser Arbeitskräfte war aber so teuer, daß die erheblich gestiegene Arbeitsproduktivität im Verein mit den Förderungen des Grünen Planes die Reinerträge nur um 20 DM/ha anzuheben vermochte. Wenn nun in 5 bis 6 Jahren der Arbeitskräftebesatz von 15,2 auf 11,7 Personen je 100 ha vermindert worden ist, so wird deutlich, daß dieses Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität nur noch in einer begrenzten Anzahl weiterer Jahre eingesetzt werden kann, bis nämlich der Arbeitskräftebesatz des mittelbäuerlichen Betriebes auf seinem nach den Betriebsverhältnissen möglichen Minimum gelangt sein wird.

3) in Durchschnittspreisen von 1951/55

Kurzberichte

Feuerwehr und Brandschäden 1959

Im Jahr 1959 sind von den Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren in Schleswig-Holstein 2 189 Brände gemeldet worden. Das waren doppelt so viele wie im Jahr 1958 (1 092 Brände). Die größte Zunahme ist bei den Kleinbränden zu verzeichnen, deren Zahl sich von 313 auf 902 erhöhte (+188%). Die Zahl der Großbrände hat im vergangenen Jahr gegenüber 1958 um rund 100 (60%) zugenommen. Das starke Ansteigen der Zahl der Brände wird vom Landesamt für Brandschutz auf drei Tatsachen zurückgeführt:

1. die lang anhaltende Trockenheit mit einer großen Zahl von Bränden auf Freiflächen,
2. eine Serie vorsätzlicher Brandstiftungen,
3. starke Gewitter in den Sommermonaten.

Für die Feuerwehren kam es zur Bekämpfung dieser 2 189 gemeldeten Brände zu 3 034 Einsätzen. Im Jahr 1958 waren es 1 523 Einsätze bei 1 092 Bränden. Von den Einsätzen des Jahres 1959 entfielen 912 auf die Berufsfeuerwehren und 2 122 auf die Freiwilligen Feuerwehren. In 45 Fällen war die Freiwillige Feuerwehr gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr und in 5 Fällen gemeinsam mit Werkfeuerwehren an der Brandbekämpfung beteiligt.

912 Brände entstanden in und an Gebäuden und 1 164 auf Freiflächen. Außerdem mußten die Feuerwehren in 16 Fällen auf Schiffen, in 77 Fällen an Kraftfahrzeugen und in 20 Fällen an oder auf Erntewagen und Dreschmaschinen Brände löschen. Bei den Bränden in Gebäuden war der Anteil der Großbrände mit 19,2% wesentlich größer als bei den Bränden auf Freiflächen mit 7,0%. Von den 1 164 Bränden auf Freiflächen waren 122 Waldbrände und in 93 Fällen handelte es sich um Brände auf Getreidefeldern.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Ursachen der Brände in und an Gebäuden und die Höhe der dadurch entstandenen Schäden. Anders als in den Vorjahren sind im Jahr 1959 bei den Brandberichten der Feuerwehren in größerer Zahl die Brandursachen nicht eingetragen

Tab. 1 Von den Feuerwehren gemeldete Brände

Jahr	Brände insgesamt	davon			
		Großbrände	Mittelbrände	Kleinbrände	Entstehungsbrände
1956	1 099	136	182	383	398
1957	1 163	147	184	361	471
1958	1 092	165	177	313	437
1959	2 189	264	423	902	600

Tab. 2 Brandursachen und Brandschadenhöhe¹ 1959

Brandursache	Zahl der Brände ²	Geschätzter Brandschaden in 1 000 DM
Blitzschlag	47	2 415
Selbstentzündung	36	1 210
Explosionen	12	149
Bauliche Einrichtungen im Zusammenhang mit Feuerstätten	171	1 747
Betrieb und maschinelle Einrichtungen	60	1 452
Elektrische Anlagen	101	2 950
Brandgefährliche Stoffe	26	340
Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen	187	1 157
Vorsätzliche Brandstiftung	43	4 210
Kinderbrandstiftung	58	1 034
Nicht ermittelt	171	990
Insgesamt	912	17 654

1) von den Feuerwehren geschätzt 2) nur Brände in Gebäuden

(171 Fälle). Es handelt sich hierbei jedoch in der Hauptsache um Berichte über Klein- und Entstehungsbrände, bei denen kein oder nur geringer Schaden entstanden ist. Ein großer Teil der Brände (187) entfällt auf die Ursachengruppe "Sonstige Feuer-, Licht- und Wärmequellen". Hierzu werden Brände gerechnet, die u. a. durch Leuchtgeräte und Kerzen, Koch- und Heizgeräte, durch Rauchen, Asche und Glut, Flugfeuer und durch fehlerhafte Bedienung von Feuerstätten entstanden sind. An zweiter Stelle stehen die Brände, die auf fehlerhafte bauliche Einrichtungen in Zusammenhang mit Feuerstätten zurückzuführen sind (171). Die Brände auf Freiflächen, für die eine Gliederung nach Ursachen nicht vorliegt, sind vorwiegend durch Funkenflug der Eisenbahn, fahrlässiges

Umgehen mit Zündhölzern, beim Rauchen und durch Abgase der Trecker und Mährescher entstanden.

Die hohe Zahl der Brände hat auch die Schadenshöhe ungünstig beeinflusst. Nach den Schätzungen der Feuerwehren, die sofort beim Einsatz vorgenommen werden, betrug 1959 der gesamte Brandschaden rund 20 Mill. DM gegenüber 14,7 Mill. DM im Jahr 1958. Von der Gesamtschadenssumme entfielen 17,7 Mill. DM auf Gebäude schäden. Der Schadensanteil bei Gebäuden von landwirtschaftlichen und Gärtnereibetrieben ist mit 64% sehr hoch. Es entfallen von den Gebäudeschäden auf

Gebäude der Landwirtschaft einschl. Gärtnereien	11 311 000 DM
Gebäude für Handel, Gewerbe und Industrie	4 722 000 DM
Wohngebäude und Anstalten	1 620 600 DM.

Bei den Bränden in und an Gebäuden wurde der größte Schaden (4 210 000 DM) durch die 43 Fälle vorsätzlicher Brandstiftung verursacht. Durch Blitzschläge ist ein Schaden in Höhe von 2 415 000 DM entstanden. Fehlerhafte elektrische Leitungen, Hausgeräte, Werkzeuge und Motoren verursachten 101 Brände mit einem Schaden von 2 950 000 DM. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Schätzungen der Feuerwehren durch spätere Ermittlungen der Versicherungen und der Staatsanwaltschaften nicht immer bestätigt werden.

SL

Vergleiche auch: "Feuerwehr und Brandschäden 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 209 (August)

Quelle: Landesamt für Brandschutz Schleswig-Holstein

Mitteilung an unsere Bezieher

Seit 1955 kosten unsere Statistischen Monatshefte unverändert dasselbe. Die Herstellungskosten sind jedoch, vornehmlich durch Gehalts- und Lohnerhöhungen, nennenswert gestiegen. Wir bitten deshalb um Ihr Verständnis dafür, daß wir den Verkaufspreis der Monatshefte von Januar 1961 ab erhöhen werden, und zwar auf

2,50 DM für das Einzelheft
 7,00 DM für das Vierteljahr
 12,50 DM für das Halbjahr
 20,00 DM für den Jahrgang

Diese Preise decken auch künftig nur einen Teil der Kosten; dabei bleiben die Aufwendungen für die Bereitstellung des statistischen Materials noch ganz außer Acht, weil sie ohnehin eine legitime Aufgabe des Statistischen Landesamtes sind.

Wir bitten Sie, unseren Bemühungen um vielseitige statistische Information durch die Monatshefte auch künftig Ihre geneigte Aufmerksamkeit zu schenken.

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats- Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 284	2 285	2 286	2 288	2 297
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	641	641	641	642	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	148	148	149	149	152
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 746	1 572	2 064	3 397	1 888
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,2	8,4	10,6	17,5	9,7
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	3 059	3 073	3 096	3 037	3 205
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,1	16,4	16,0	15,6	16,4
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 173	2 093	2 092	1 839	2 237
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,4	11,1	10,8	9,5	11,5
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	97	112	89	77	101
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,2	3,6	2,9	2,5	3,2
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 886	+ 980	+1 004	+1 198	+ 968
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,7	+ 5,2	+ 5,2	+ 6,2	+ 5,0
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 521	6 030	6 381	5 545	8 395
darunter										
Vertriebene		2 173	1 565	1 368	1 499	1 315	1 865
Zugewanderte		3 150	4 956	4 662	4 882	4 230	6 530
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 233	6 834	5 897	5 173	6 395
darunter										
Vertriebene		9 662	1 785	2 001	1 704	1 524	1 659
Zugewanderte		4 622	4 448	4 833	4 193	3 649	4 736
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		-8 961	+ 288	- 804	+ 484	+ 372	+2 000
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 220	- 633	- 205	- 209	+ 206
Zugewanderte		1 482	+ 294	+ 218	+ 228	+ 407	+ 598
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 958	9 118	8 428	7 472	11 726
Wanderungsfälle ⁶⁾										
Anzahl		31 221	22 712	21 982	20 706	18 190	26 516
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198	172	166	150	132	196
Umsiedler		6 329 ^{b)}	551	777	464	489	389	324	196	348
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	298	538	207	244	234	179	87	184
Baden-Württemberg		2 602	37	42	11	28	25	24	10	29
Rheinland-Pfalz		2 928	8	-	4	8	8	9	7	14
Hessen		238	5	18	6	23	13	5	4	11
Hamburg		41	203	179	236	186	109	107	88	110
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	748 ⁺	764	.	.	.	782	.	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	503 ⁺	515	.	.	.	525	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	38	23	19	17	16	14	12	11
je 100 Arbeitnehmer		25,2	4,8	2,9	2,4	2,2	2,0	1,7	1,5	1,3
und zwar										
*Männer	1000	146	24	12	10	9	8	7	6	6
Vertriebene	1000	119 ^{c)}	10	7

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte

a) am 13.9.1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 196 ^d	1 262	.	.	.	1 319	.	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	441 ^d	438	.	.	.	451	.	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 328 ^d	1 208	.	.	.	1 252	.	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	135 ^d	137	.	.	.	147	.	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	86 ^d	90	.	.	.	96	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	16	11	12	16	15	13	15	...
*Kälber	1000 St	14	5	3	3	2	6	4	3	...
*Schweine	1000 St	45	79	69	65	67	91	73	74	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	13 ^f	1	1	1	3	1	1	...
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,7	8,7	8,4	9,5	11,5	9,4	9,7	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,4	2,3	2,6	3,3	3,2	2,7	3,1	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	6,0	5,5	5,8	7,8	6,2	6,3	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	217	208	208	214	208	207	...
*Kälber	kg	26	51	57	61	60	57	63	62	...
*Schweine	kg	98	89	88	86	88	88	87	86	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	140	179	157	130	203	183	161	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	14,0	11,9	9,9	14,8	13,8	11,7	...
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	86	88	91	90	90	91	92	92	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	162	163	164	165	168	169	169	...
darunter ¹¹⁾										
*Arbeiter	1000	91	133	134	135	136	138	139	139	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	23 878	23 828	23 782	23 634	24 711	24 285	22 824	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	55,0	55,0	58,1	55,2	61,5	63,6	63,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	17,5	17,2	17,2	17,1	19,0	19,4	19,2	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	60	55	56	56	68	64	63	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	10 167	10 153	10 722	11 169	12 064	12 386	11 832	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	41	37	39	39	45	41	42	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	76	73	73	76	84	78	80	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	20	19	17	18	21	18	20	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	504	585	511	510	539	500	523	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mill. DM	10	70	114	72	81	94	59	90	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^{g)}	236 ^{h)}	239	226	r 231	r 268	258
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	598	611	597	607	628	616	613	...
Industrie der Steine und Erden		111	223	265	270	264	283	r 283	285	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	107	117	95	108	173	168	147	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	117	124	80	r 115	142	172	54	...
Mineralölverarbeitung		117	892	901	922	808	r 122	r 129	1 094	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	840	795	811	796	1 068	1 046	957	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	97	101	96	92	114	r 110	102	...
papierherstellende Industrie		102	272	279	241	274	308	284	304	...
Schiffbaues		126	323	365	325	326	r 346	r 302	255	...
Maschinenbaues		134	242	230	219	208	281	r 279	211	...
elektrotechnischen Industrie		144	505	475	431	515	579	r 470	519	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	655	603	524	594	636	r 709	748	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		119	192	194	171	184	r 225	r 236	193	...
lederherstellende Industrie		97	113	105	109	107	86	68	73	...
Schuhindustrie		102	197	223	95	156	257	200	100	...
Textilindustrie		118	174	177	148	154	r 192	r 177	145	...
Bekleidungsindustrie		115	121	115	94	131	143	102	108	...
Fleischwarenindustrie		137	178	160	162	172	168	r 179	164	...
fischverarbeitenden Industrie		143	221	119	189	244	259	r 126	163	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	118	158	122	99	181	170	128	...
tabakverarbeitenden Industrie		114	254	269	268	272	250	267	239	...
Bauproduktion		92	208	248	231	r 231	r 247	258

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) $\frac{1}{2}$ Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) $\frac{1}{2}$ Winterhalbjahr 1959/60 = 24 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951 h) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: vorläufige Ergebnisse

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	111	99	101	107	115	106	121	...
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	154	136	142	148	159	148	157	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke ¹⁶⁾	Mill. cbm	11	17	15	14	14	17	15	15	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹⁷⁾										
*Beschäftigte		39 835	58 209	63 645	63 369	63 219	p62946	p63146
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 499	11 250	11 241	10 805	p10692	p10625
darunter										
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 537	5 453	5 180	5 192	p4 787	p4 747
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	24,9	29,0	29,5	28,3	p 31,0	p 31,5
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,6	1,7	1,6	1,6	p 1,8	p 1,8
*Umsatz	Mill. DM	24,3	79,5	85,1	85,8	90,6	p 88,2	p 93,8
Baugenehmigungen ¹⁸⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁹⁾		726	1 060	1 474	663	1 427	1 322	1 309	1 217	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	521	562	397	637	380	315	343	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	71,1	77,2	49,0	89,9	105,2	104,2	97,8	...
darunter										
für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	52,0	63,0	27,4	71,4	71,2	76,8	71,8	...
*Umbauter Raum in allen Gebäuden										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 184	1 287	713	1 509	1 565	1 501	1 611	...
darunter										
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	798	959	415	1 091	1 000	1 068	989	...
*Wohnungen 20)		2 306	2 382	2 854	1 212	3 217	2 998	3 226	3 074	...
darunter										
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	2 149	2 593	1 010	2 904	2 634	2 953	2 758	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 107	1 125	1 738	1 740	1 159	1 765	1 642	...
Wohnräume 22)		4 926	8 309	4 681	6 434	6 938	4 633	6 767	6 626	...
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1959=100	.	100	96	108	97	106	106	110	...
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	100	108	104	102	107	113	...
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	89	105	76	118	107	106	...
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	86	95	93	96	95	100	...
*Sonstige Waren		.	100	97	103	93	110	105	102	...
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	1 538	571	474	677	394	657	589	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 526	1 414	2 810	396	1 597	1 813	2 404	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	11 742	11 487	11 955	10 589	11 753	12 735	14 516	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	34 061	27 191	28 339	32 645	32 168	28 831	25 557	...
*Ausfuhr nach Warengruppen ²³⁾										
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	6,7	5,2	6,1	6,5	6,5	6,2
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	69,6	84,7	53,5	50,3	97,3	103,6
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,5	2,8	2,5	1,8	2,5	2,8
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	5,8	5,9	5,4	4,0	8,7	7,5
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	61,3	76,0	45,7	44,5	86,0	93,3
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,9	3,1	2,5	2,4	3,0	2,4
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	58,3	72,9	43,2	42,1	83,0	90,9
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ²³⁾										
Liberia	Mill. DM	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0	0,1	35,6
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,4	5,3	4,3	3,2	20,0	16,2
Großbritannien	Mill. DM	0,1	7,0	3,1	5,1	18,3	4,0	10,1
Dänemark	Mill. DM	0,8	7,8	4,9	4,3	3,7	7,0	6,3
Island	Mill. DM	0,1	0,5	0,2	0,1	0,2	0,3	4,5
Schweden	Mill. DM	0,6	7,2	1,9	3,2	2,8	3,5	4,5
Italien	Mill. DM	0,2	2,0	1,8	1,3	1,7	4,9	3,6
Frankreich	Mill. DM	0,1	2,1	2,3	2,0	1,9	3,4	2,8
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²⁴⁾										
Güterempfang	1000 t	141	391	419	462	454	519	472
Güterversand	1000 t	86	109	113	122	166	152	125
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	118	115	112	120	145	131	158	...
*Güterversand	1000 t	.	217	231	278	243	281	251	263	...

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959/60 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1959/60 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 120	6 514	7 134	7 345	6 895	6 831	7 784	...
darunter										
deutsche	%	64,0	65,9	64,1	66,7	68,2	65,7	63,0	63,3	...
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 011	3 099	3 252	3 302	3 567	3 561	3 929	...
darunter										
deutscher Anteil	%	23,3	30,4	31,6	31,4	34,5	28,5	28,8	31,3	...
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 165	4 193	4 407	4 606	4 899	4 924	5 474	...
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	33,9	34,8	36,8	30,1	31,7	34,1	...
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 073	1 902	2 063	2 219	2 639	2 354	2 447	...
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 091	2 291	2 345	2 387	2 260	2 570	3 027	...
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 581	3 886	3 731	2 649	4 848	4 312	3 424	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	179	282	277	154	326	277	210	...
*Personenkraftwagen		398	2 457	2 574	2 464	1 658	3 600	3 071	2 346	...
*Kombinationskraftwagen		.	179	204	183	117	257	194	162	...
*Lastkraftwagen		247	295	338	301	233	305	335	295	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	2 750	3 084	3 579	3 551	3 136	3 503	p3 999	...
davon										
*mit Personenschaden		417	1 016	1 263	1 403	1 356	1 247	1 308	p1 437	...
*nur mit Sachschaden		409	1 733	1 821	2 176	2 195	1 889	2 195	p2 562	...
*Getötete Personen 26)		17	42	46	39	43	54	31	p 46	...
*Verletzte Personen		493	1 277	1 593	1 842	1 794	1 572	1 705	p1 907	...
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ⁱ	124 ⁱ	187	328	290	106	213	337	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	2 ⁱ	16 ⁱ	23	52	38	15	25	55	...
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ⁱ	784 ⁱ	1 217	2 905	2 589	400	1 346	2 900	...
darunter										
*Auslandsgäste	1000	5 ⁱ	35 ⁱ	49	138	91	24	48	116	...
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ^j	3 638 ^j	3 369	3 402	3 425	3 868	3 949
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ^j	1 038 ^j	1 026	1 018	1 002	1 129	1 198
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	426 ^j	1 032 ^j	1 020	1 015	999	1 125	1 195
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ^j	2 600 ^j	2 343	2 384	2 423	2 738	2 751
darunter										
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ^j	2 232 ^j	2 018	2 051	2 086	2 350	2 362
*Einlagen von Nichtbanken 28)	Mill. DM	408 ^j	2 458 ^j	2 258	2 300	2 378	2 641	2 603
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ^j	1 163 ^j	1 091	1 122	1 179	1 256	1 206
darunter										
*von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ^j	922 ^j	893	923	951	990	959
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ^j	1 294 ^j	1 168	1 178	1 199	1 385	1 397
darunter										
*bei Sparkassen	Mill. DM	94 ^j	864 ^j	783	792	806	930	936	946	...
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	65	54	65	60	59	62
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	46	41	55	39	49	50
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	8	8	7	8	5	6	7	...
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	1	2	3	1	-	-	...
Wechselproteste	Anzahl	682	695	694	698	704	769	874
	Wert	517	467	526	475	432	470	462
STEUERN ²⁹⁾										
*Landessteuern	1000 DM	14 273	38 559	53 102	29 283	29 104	30 443	65 535	33 581	...
darunter										
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 701	598	588	3 573	3 960	566	235	...
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 166	3 988	4 120	3 612	4 809	4 701	4 771	...
*Biersteuer	1000 DM	248	492	445	504	554	488	493	567	...
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	107 310	116 812	106 161	101 292	95 542	120 728	108 866	...
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	32 748	30 133	32 413	33 877	32 543	34 731	37 476	...
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 139	1 120	1 249	1 254	1 104	1 168	1 359	...
*Zölle	1000 DM	1 381	8 277	8 927	8 581	7 287	6 845	7 196	8 426	...
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	48 928	51 731	51 973	48 486	44 937	46 731	47 814	...
darunter										
*Tabaksteuer	1000 DM	22 295	36 792	38 148	39 565	38 091	34 489	30 763	35 923	...
*Notopfer Berlin 30)	1000 DM	951	206	196	228	124	49	36	50	...
außerdem: *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	7 061	2 224	6 447	9 357	10 645	2 371	3 193	...

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1960 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben i) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden (1. Vierteljahr geschätzt); für das Sommerhalbjahr (April - September) Mts. - ϕ 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden, ab April 1960 aus 163 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. - ϕ 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen j) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³²⁾	1000 DM	11 560	45 752	70 584	33 474	29 324	28 756	88 186	39 262	...
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	15 916	14 547	19 167	18 187	14 612	16 300	23 480	...
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	21 988	37 877	12 117	9 887	10 381	50 786	13 864	...
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	558	638	1 201	434	417	887	577	...
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 289	17 522	989	815	3 346	20 214	1 342	...
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	66 772 ⁺	63 677 ^k	.	.	.	72 686 ^k	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 795 ⁺	6 388 ^k	.	.	.	6 407 ^k	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 959 ⁺	12 684 ^k	.	.	.	12 024 ^k	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	43 649 ⁺	40 506 ^k	.	.	.	49 707 ^k	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 369 ⁺	4 097 ^k	.	.	.	4 548 ^k	.	.
Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 244 ⁺	6 135 ^k	.	.	.	6 144 ^k	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	97	96	96	97	100	98	p 98	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	131	133	132	132	132	p 132	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	124	124	125	125	126	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^m	137 ⁿ	134	144	139	135	p 134	p 135	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	122	.	.	123	p 131
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^m	131 ⁿ	131	130	131	132	132	p 132	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	112	111	113	112	113	113	114	...
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	121	120	121	121	122,9	122,6	123,5	...
darunter										
Ernährung	100	100	128	126	128	128	130,8	130,2	131,7	...
Wohnung	100	100	122	122	123	123	124,4	124,4	125,4	...
Heizung und Beleuchtung	100	100	144	143	143	144	145,9	146,2	146,6	...
Bekleidung	100	100	105	104	104	104	106,9	106,9	107,0	...
Hausrat	100	100	112	112	112	112	111,7	111,8	112,0	...
LÖHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	122,19	.	.	125,00	135,35
darunter										
Facharbeiter	DM	68,90	130,07	.	.	132,34	143,72
*weiblich	DM	37,09	72,36	.	.	72,41	78,68
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	257,4	.	.	259,7	283,1
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	272,6	.	.	275,3	300,5
*weiblich	Pf	80,8	164,1	.	.	165,7	179,3
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,5	.	.	48,1	47,8
*weiblich	Std.	45,9	44,1	.	.	43,7	43,9
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	44,1	.	.	44,5	44,7
*weiblich	Std.	.	41,1	.	.	41,0	41,2
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	620	.	.	620	667
*weiblich	DM	.	401	.	.	399	418
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	723	.	.	720	759
*weiblich	DM	.	415	.	.	416	439
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	572	.	.	580	597
*weiblich	DM	.	346	.	.	353	361
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	590	.	.	599	649
*weiblich	DM	267
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	587	.	.	592	618
*weiblich	DM	.	362	.	.	367	377
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	718	.	.	714	753
*weiblich	DM	.	411	.	.	413	432

+ = Vierteljahresdurchschnitt

32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinkommen. Die Preise im Saarland sind ab Januar 1960 in der Bundesdurchschnittsrechnung mit berücksichtigt 34) Effektivverdienste: Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1959 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen

k) 1. 4. - 30. 6. m) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) n) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

Art der Angabe	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT												
Wohnbevölkerung	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284
darunter												
Vertriebene 2) in % der Wohnbevölkerung			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2	28,1
Zugewanderte 2) in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3	6,5
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3
Beschäftigte Arbeitnehmer 3)	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770
darunter in den Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177
Arbeitslose	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mai	1000	480	448	418	394	368	353	337	323	314	306
je 1 000 Einwohner	Mai		182	177	169	164	158	154	148	143	138	134
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt 4)	JS	Mill. DM	3 607	4 146	4 574	4 827	5 092	5 642	6 178	6 775	7 219	s 7900
je Einwohner		DM	1 387	1 648	1 875	2 041	2 210	2 486	2 743	3 000	3 182	s 3500
LANDWIRTSCHAFT												
Viehbestand												
Pferde	3. 12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58
Rinder	3. 12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196
darunter												
Milchkühe	3. 12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441
Schweine	3. 12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 208	1 279	1 328
Schafe	3. 12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113
Hühner 5)	3. 12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 488	3 522	3 623
Schlachtviehäufkommen aus eigener Erzeugung 6)												
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725
Milcherzeugung												
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951
INDUSTRIE 7)												
Beschäftigte	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164	162
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72	71
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197	210
Umsatz 8)	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053
darunter												
Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840
Index der industriellen Produktion												
einschl. Energie und Bau	1950=100		100	115	123	141	163	182	197	214	224	p 236
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN												
Baugenehmigungen												
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,6	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6
darunter												
in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8
Baufertigstellungen												
Wohnungen												
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2
Wohnräume 9)												
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5
Bestand an												
Wohnungen	31. 12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1
Wohnräumen 9)	31. 12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 282	2 334	2 431

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr 2) Definitionen siehe unter Tab. "Monats- und Vierteljahreszahlen" 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 6) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 31. 5. 1960					Arbeits- lose 3) am 30. 9. 1959	Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. RvJ. 1960			
	ins- gesamt	darunter 1) Vertriebene		Veränderung in % gegenüber Volkszählung			ins- gesamt in 1000 DM	darunter Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
		Anzahl	in %	1939 ²⁾	1950 ²⁾			in 1000 DM	je Einwohner	
									in DM	Veränd. in % gegenüb. 1. RvJ. 1959
Flensburg	97 173	23 691	24	+ 37	- 6	1 269	4 373	3 404	35	+ 69
Kiel	270 189	59 703	22	- 2	+ 5	3 266	12 249	9 542	36	+ 10
Lübeck	231 650	75 428	33	+ 50	- 3	2 191	14 029	11 137	48	+ 26
Neumünster	73 041	20 813	28	+ 35	- 1	696	3 350	2 607	36	+ 26
Eckernförde	65 540	20 330	31	+ 55	- 23	595	1 291	649	10	+ 25
Eiderstedt	19 129	3 579	19	+ 26	- 27	88	609	279	15	+ 132
Eutin	89 350	31 075	35	+ 73	- 17	815	2 320	1 319	15	+ 32
Flensburg-Land	63 570	14 203	22	+ 42	- 19	470	879	326	5	- 3
Hzgt. Lauenburg	129 724	45 468	35	+ 78	- 14	853 ^a	2 964	1 683	13	- 11
Husum	62 242	11 322	18	+ 31	- 21	392	1 624	918	15	+ 42
Norderdithmarschen	57 486	14 375	25	+ 30	- 26	321	1 442	754	13	+ 41
Oldenburg (Holstein)	78 451	23 103	29	+ 48	- 21	1 109	1 983	959	12	+ 39
Pinneberg	211 311	65 781	31	+ 90	+ 6	682	8 186	6 108	29	+ 43
Plön	108 082	29 765	28	+ 60	- 13	773	2 110	840	8	+ 4
Rendsburg	155 845	43 058	28	+ 59	- 15	1 422	3 752	2 207	14	- 4
Schleswig	98 219	21 894	22	+ 27	- 23	641	2 300	1 340	14	+ 25
Segeberg	92 571	28 590	31	+ 72	- 17	449	1 994	1 040	11	+ 29
Steinburg	122 408	35 983	29	+ 42	- 22	396	4 712	3 442	28	+ 54
Stormarn	139 985	46 302	33	+ 106	- 4	542	4 644	3 285	24	- 28
Süderdithmarschen	71 899	17 025	24	+ 33	- 27	215	1 891	937	13	+ 17
Südtondern	59 125	10 999	19	+ 28	- 18	138	2 128	1 480	26	+ 90
Schleswig-Holstein	2 296 990	642 487	28	+ 45	- 11	17 323	78 830	54 255	24	+ 21

Kreisfreie Stadt Landkreis	Industrie 4)		Öffentliche Fürsorge 6)						
	Be- schäf- tigte am 31. 7. 1960	Umsatz 5) in Mill. DM im Juli 1960	Laufend unterstützte Personen in der offenen Fürsorge am 31. 3. 1960		ins- gesamt	Gesamtaufwand im Rj. 1959			DM je Ein- wohner
			Anzahl	je 1 000 Ein- wohner		darunter für			
						Unterstützungen der offenen Fürsorge		ge- schlossene Für- sorge	
Flensburg	7 516	14,8	2 405	24,8	3 270	1 515	377	822	33,87
Kiel	34 436	77,0	6 287	23,4	9 053	3 804	917	2 913	33,69
Lübeck	34 081	94,2	6 153	26,6	8 181	3 599	884	2 489	35,35
Neumünster	12 482	20,3	1 755	24,0	2 010	876	263	507	27,58
Eckernförde	1 674	3,2	1 892	29,0	2 371	1 129	269	462	36,35
Eiderstedt	362	2,4	400	21,1	521	257	48	49	27,14
Eutin	4 080	11,3	2 406	27,1	2 721	1 212	287	528	30,50
Flensburg-Land	698	1,9	1 199	18,9	1 497	526	113	418	23,62
Hzgt. Lauenburg	9 003	16,2	2 857	22,0	3 397	1 464	339	694	26,08
Husum	914	1,6	1 240	19,9	1 545	641	218	289	24,85
Norderdithmarschen	874	1,9	1 350	23,4	1 615	786	143	274	27,89
Oldenburg (Holstein)	1 088	5,6	1 550	19,9	1 871	840	213	308	23,85
Pinneberg	18 967	61,7	3 143	15,0	4 486	1 702	415	1 332	21,34
Plön	1 876	7,6	2 622	24,3	2 741	1 220	276	504	25,35
Rendsburg	9 612	19,6	3 391	21,7	4 048	1 835	398	772	26,00
Schleswig	3 814	28,3	2 253	22,9	2 741	1 223	267	516	27,85
Segeberg	4 523	12,4	1 507	16,3	2 072	756	210	522	22,50
Steinburg	9 307	32,8	2 916	23,8	3 456	1 519	406	542	28,16
Stormarn	7 852	75,3	2 311	16,6	3 054	1 282	280	798	22,17
Süderdithmarschen	4 880	30,8	1 942	26,9	1 896	968	227	194	26,22
Südtondern	1 252	3,6	900	15,5	1 332	495	129	357	22,66
Schleswig-Holstein 7)	169 291	522,5	55 353	24,2	90 740	33 406	7 123	34 608	39,65

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach dem Gebietsstand vom 31. 5. 1960 3) Quelle: Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein 4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) einschl. Tbc-Hilfe 7) bei "Öffentliche Fürsorge": einschl. Landesfürsorgeverband, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk a) einschl. Durchgangslager Wentorf (318 Arbeitslose)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1000	31.3.1960	53 159	2 292	1 825	6 543	694	15 684	4 713	3 381	7 594	9 388	1 046
darunter												
Vertriebene ¹	"	18 ^a	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Zugewanderte ²	"	6 ^a	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
in % der jew. Wohnbevölkerung												
Veränderung in %												
31.3.1960 geg. VZ 1939	"	+ 32	+ 44	+ 7	+ 44	+ 23	+ 31	+ 35	+ 14	+ 39	+ 33	+ 18
31.3.1960 geg. 31.12.1950	"	+ 10	- 10	+ 15	- 3	+ 26	+ 20	+ 10	+ 13	+ 19	+ 3	+ 10
Bevölkerungsdichte ³ , Einwohner je qkm	"	214	146	2 442	138	1 719	462	223	170	212	133	407
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1958 ⁴	6 156	314	200	807	80	1 766	555	398	811	1 107	118
je 1000 Einwohner	"	118	139	111	124	120	116	120	120	111	120	115
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵ in 1000	30.6.1960	20 271	782	812	2 377	294	6 513	1 726	1 133	2 961	3 324	349
Arbeitslose												
in 1000	31.7.1960	119	12	4	19	3	36	7	5	5	24	2
je 100 Arbeitnehmer ⁶	"	0,6	1,5	0,5	0,8	1,2	0,6	0,4	0,5	0,2	0,7	0,6
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	31.3.1960	17,5	28,6	6,9	24,7	8,4	8,9	20,0	8,1	18,9	18,7	4,6
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt ⁷ in Mill. DM	1958 ⁸	227 590 ^a	7 219	14 589	23 921	4 244	75 353	19 379	11 323	32 753	33 858	.
	1959 ⁹	244 900 ^a	7 900	16 000	26 000	4 500	79 700	21 100	12 200	35 400	36 800	.
in DM je Einwohner	1958 ⁸	4 451 ^a	3 182	8 118	3 678	6 326	4 917	4 190	3 396	4 446	3 667	.
	1959 ⁹	4 700 ^a	3 500	8 800	4 000	6 600	5 100	4 500	3 600	4 700	3 900	.
Landwirtschaft												
Viehbestände in 1 000 Stück												
Rindvieh	3.6.1960	13 126	1 319	19	2 659	21	1 801	819	729	1 800	3 895	64
darunter												
Milchkühe (einschl. Zugkühe)	"	5 763	451	7	1 018	7	802	398	331	875	1 838	35
Schweine	"	14 082	1 252	24	3 911	16	2 356	1 047	657	1 548	3 212	61
Erzeugung von Kuhmilch in 1 000 t	Juni 1960	1 828	183	3	409	3	306	115	80	220	498	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,7	13,8	12,1	13,5	13,8	12,9	9,6	8,2	8,4	9,3	10,1
Industrie												
Beschäftigte ¹⁰ in 1000	31.5.1960	7 747	168	233	699	109	2 813	645	355	1 391	1 161	175
je 1000 Einwohner	"	145,7	73,1	127,4	106,8	156,7	179,4	136,9	104,9	183,1	123,7	167,1
Umsatz ¹⁰ in Mill. DM	Mai 1960	21 415	539	1 047	2 152	406	8 183	1 627	947	3 409	2 732	374
darunter												
Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 331	94	125	376	95	1 174	303	157	521	354	132
Produktionsindex ¹¹ (arbeitsmäßig) 1950 = 100	"	p 252 ^a	268	247	282	295	.	297	299	275	265	.
Bauwirtschaft⁸ und Wohnungswesen												
Beschäftigte ¹² in 1000	31.5.1960	1 402	63	50	183	22	402	118	81	207	245	32
je 1000 Einwohner	"	26,4	27,5	27,2	27,9	31,1	25,7	25,1	23,9	27,2	26,1	30,9
Geleistete Arbeitsstunden ¹² in Mill.	Mai 1960	235	11	8	31	4	67	19	14	36	41	6
je Einwohner	"	4,4	4,7	4,4	4,7	5,2	4,3	4,0	4,0	4,7	4,4	5,3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹³ Anzahl	Juni 1960	53 649	3 226	1 536	6 278	509	14 571	4 853	3 097	7 903	10 580	1 096
je 10 000 Einwohner	"	10,1	14,1	8,4	9,6	7,3	9,3	10,3	9,2	10,4	11,3	10,5
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	30 952	1 765	1 009	3 148	242	9 991	2 136	1 890	4 846	5 191	734
je 10 000 Einwohner	"	5,8	7,7	5,5	4,8	3,5	6,4	4,5	5,6	6,4	5,5	7,0
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ⁸	Mai 1960	3 979 ^b	104	173	374	87	1 387	347	181	616	392	151
Verkehr												
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹⁴ insgesamt												
in 1000	1.7.1960	7 764 ^c	307	237	941	82	2 004	732	498	1 227	1 591	146
je 1000 Einwohner	"	146	134	130	144	118	128	155	147	162	169	139
darunter												
Personenkraftwagen ¹⁵ in 1000	"	4 331	172	175	500	59	1 251	413	253	655	776	77
je 1000 Einwohner	"	81	75	96	76	85	80	88	75	86	83	74
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹⁶	4. RvJ. 1959	84 ^a	53	184	64	113	95	87	52	92	72	.
Bundessteuern ¹⁷	"	151 ^a	138	510	110	314	165	123	106	144	113	.
Gemeindesteuern	"	40 ^a	32	67	34	54	45	40	31	41	33	.
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	30.6.1960	834	610	1 171	773	944	890	831	725	854	791	782

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Gebietsstand: 1.4.1959 4) Bayern: Oktober 1958 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) Beschäftigte und Arbeitslose 7) Das Bruttoinlandsprodukt der Länder ist mit dem des Bundesgebietes nur bedingt vergleichbar, da für das Bundesgebiet bereits generalbereinigte Werte vorliegen (s. Wirtschaft und Statistik, Heft 1 und 3/1960) 8) vorläufige Zahlen 9) erste vorläufige Ergebnisse 10) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 11) Gesamtindex (ohne Bau) 12) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 13) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 14) ohne Kraftfahrzeuge der Deutschen Bundespost und Bundesbahn (insgesamt 32 764 Fahrzeuge); einschl. der aus steuerlichen oder sonstigen Gründen stillgelegten Fahrzeuge 15) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 16) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 17) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen c) ausserdem wurde ein Bestand von 2,160 Mill. Fahrern mit Hilfsmotor (Mopeds) ermittelt

In den Statistischen Monatsheften
bisher erschienene Aufsätze und Kurzberichte:

Heft 1/1960

Verdienste in Industrie und Handel
Bilanzbild
Vermögensteuer
Bevölkerungsstand Ende 1958
Struktur der Studentenschaft 1948/1958

Industrie-Kleinbetriebe
Konsumgenossenschaften
Öffentliche Jugendhilfe
Ehelösungen

Heft 2/1960

Kommunalwahlen 1959
Eisenbahn-Güterverkehr 1956
Fremdenverkehrskapazität 1950 - 1959
Verdienste der Landarbeiter 1959

Kriegsbeschädigte
Schwerbeschädigte
Unterhaltsbeihilfen

Heft 3/1960

Verbrauch in Haushaltungen 1958
Arbeitskräfte Landwirtschaft
Industrieproduktion 1958
Straßenbahn- und Buslinien

Voraussichtliche Schülerzahlen
Voraussichtliche Schulentlassungen
Die großen Unternehmen
Grenzverkehr

Heft 4/1960

Eheschließungen 1958
Getreideanbau
Vieh- und Fleischwirtschaft
Schlachttiere 1955 - 1958
Soziale Krankenversicherung

Allgemeinbildende Schulen 1959
Zwischenfruchtanbau
Obsternte 1959
Wohnlager

Heft 5/1960

Fremdenverkehr 1959
Güterverkehr auf dem Wasser 1957
Ausfuhr 1958
Kraftfahrzeugbestand 1958
Bauwirtschaft 1959
Einkommen der Körperschaften 1957

Kapitalgesellschaften 1959
Zahlungsschwierigkeiten 1959

Heft 6/1960

Fürsorgeunterstützungen 1958/1959
Arbeiterrentenversicherung
Bausparen 1959
Milchwirtschaft 1959
Viehbestände 1959
Voraussichtliche Eheschließungen

Schwerbeschädigte 1960
Ingenieur- und Technikerschulen
Pflanzenbestände in Baumschulen
Berlin- und Interzonenhandel
Handwerk 1959

Heft 7/1960

Hypotheken 1957 bis 1959
Haushaltsrechnungen des Landes
Kredite und Einlagen 1959

Ausländer 1959
Veranlagte Einkommen 1957
Versorgungsberedtigte Kriegssopfer
Streiks

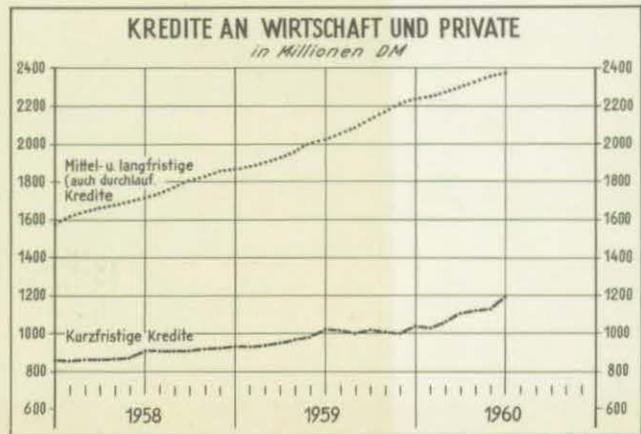
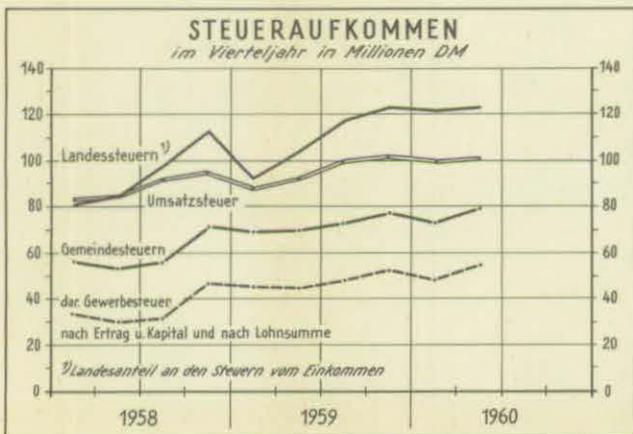
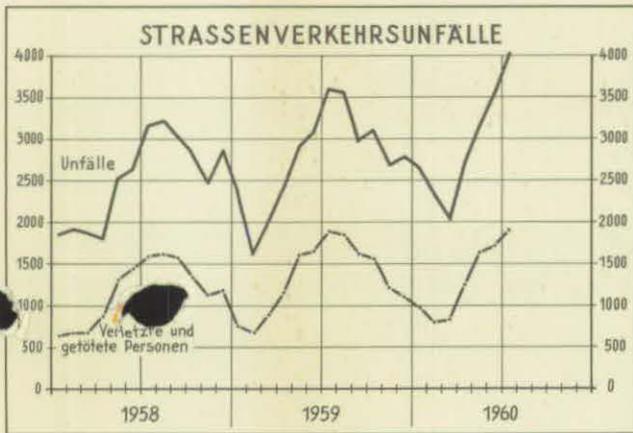
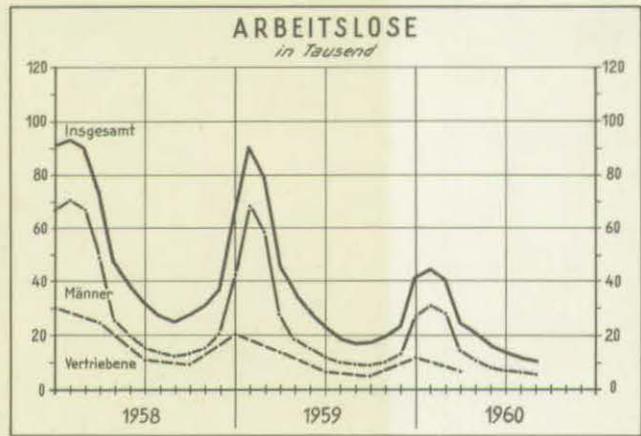
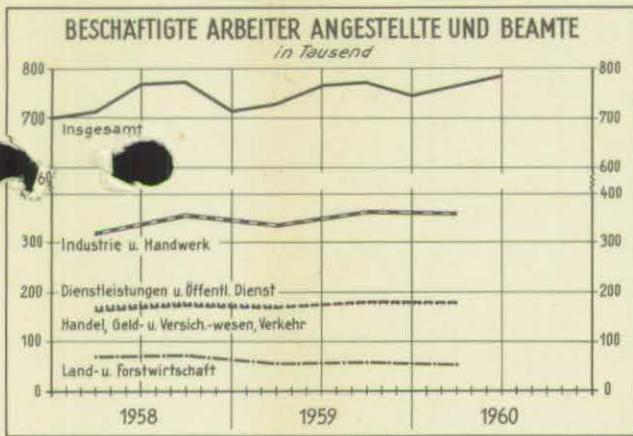
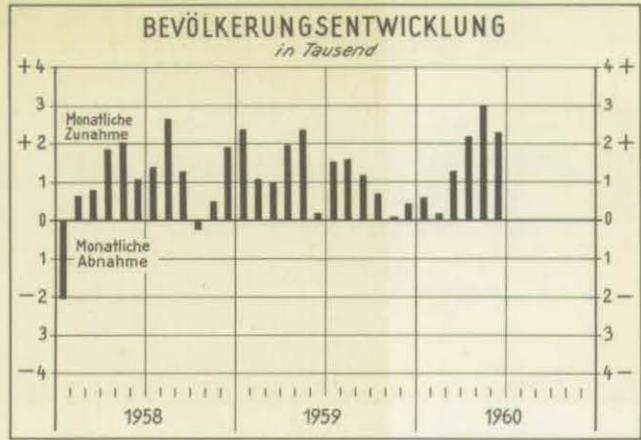
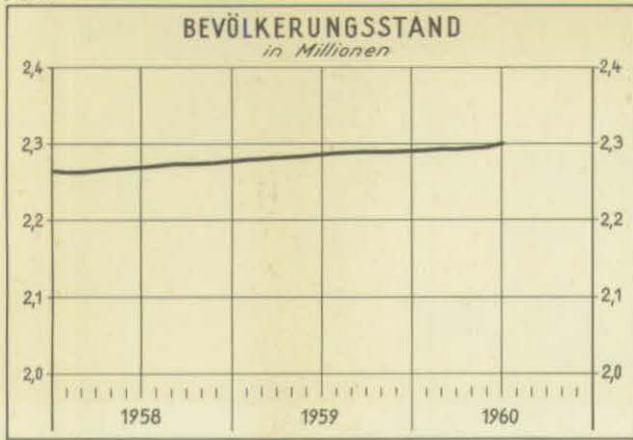
Heft 8/1960

Energieversorgung 1958 bis 1959
Baugenehmigungen 1959
Einzelhandelsumsätze 1959
Brief- und Paketverkehr

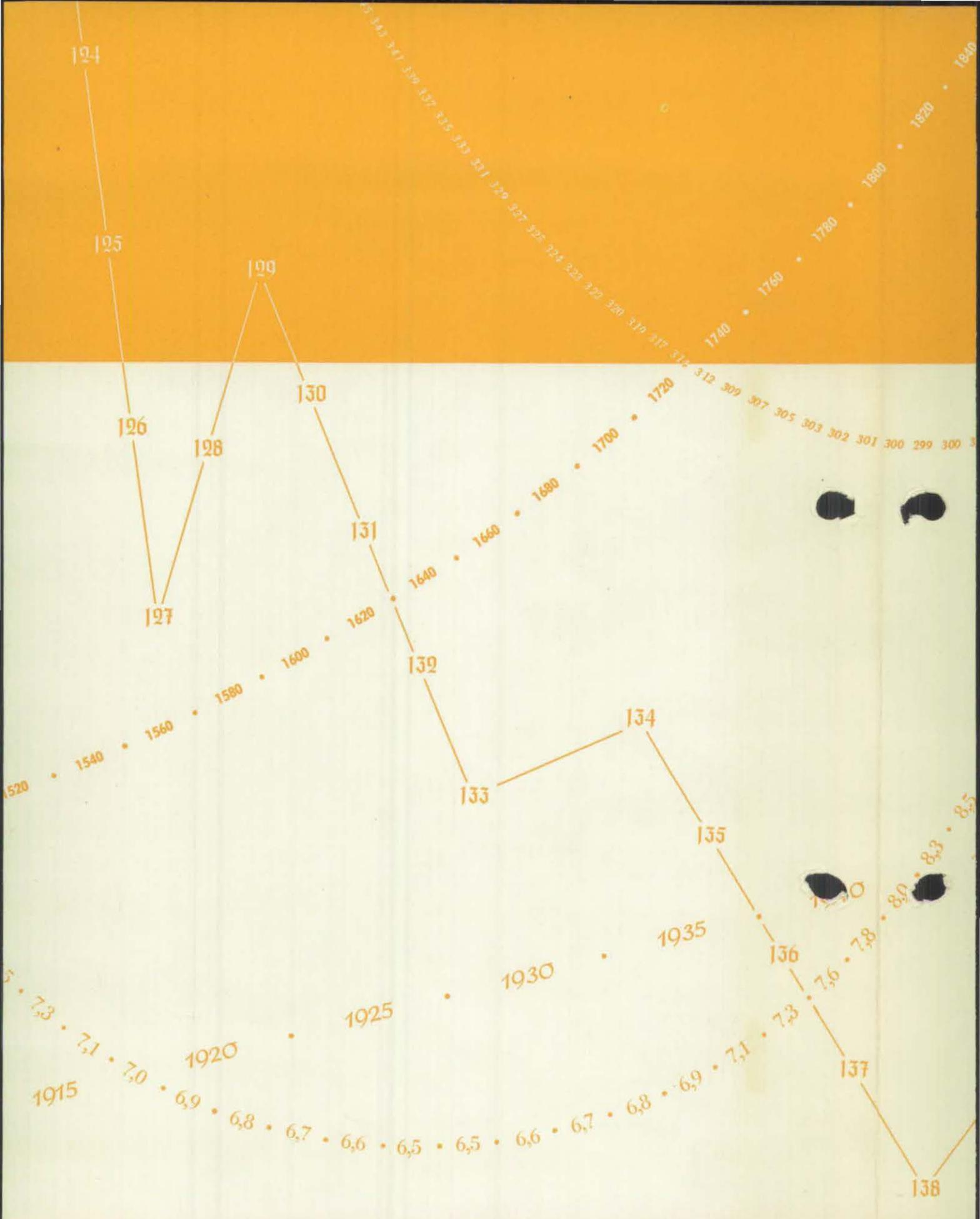
Vertriebene und Zugewanderte
Meldepflichtige Krankheiten 1959
Berufsschulen 1959
Klassifizierte Straßen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN A*

D-2836



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus Industrie und Handwerk: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie; Arbeitervergütungen; Beschäftigte und Umsatz im Handwerk



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen